

Bezugspreis:

Belegjahr 2.-Mtl. monatl. 3.-Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.-Mtl. etc. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 Mtl. für das übrige Ausland 10.25 Mtl. bei täglich einmal Zustellung 8.25 Mtl. Bestellungen nehmen an Danemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 4. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtgepolierte Nonpareilgröße kostet 1.20 Mtl. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengruppe und Schlusszeilenanzeigen das Wort 40 Pfg. Jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leveragezuschlag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mtl. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Ratifikation in England.

Ratifikation durch Japan erst nach einiger Zeit.

Haag, 3. Juli. (S. A.) Aus London wird gemeldet: Wie die „Times“ vernehmen, wird das Gesetz bezüglich des Friedensvertrages, das Lloyd George einreichen wird, wahrscheinlich nur eine Klausel enthalten, die die Regierung ermächtigt, alle nötigen Schritte zur Ausführung des Vertrages zu unternehmen.

Paris, 3. Juli. (Havas.) Das „Echo de Paris“ schreibt, daß die Ratifizierung des Friedens mit Deutschland seitens Japans einige Zeit beanspruchen werde, da Japan erst in einem Monat im Besitze des vollständigen Textes sein werde.

Amsterdam, 3. Juli. „Daily Herald“ schreibt zu der Frage, wie die Arbeiterpartei des englischen Unterhauses sich gegenüber der Ratifikation des Friedensvertrages verhalten muß: Wir raten dringend, daß der Leiter der Partei den Vertrag ablehnt und daß alle Abgeordneten der Arbeiterpartei den Saal verlassen. Das wird ein wirklicher, würdiger und dramatischer Protest sein. Es wird ein deutlicher Beweis sein, daß sich die Arbeiter von diesem Frieden abwenden. Wenn der Haß bleibt, so bedeutet er in Zukunft für die Arbeiter Sorge und Verluste und keiner, der jetzt noch nicht Geborenen wird es jemals den Arbeitern diese Generation vergeben, daß sie einen Vertrag unterschrieben haben, der neue Kriege verursacht hat. Das unermessliche Gegen-den-Vertrag-Stimmen bedeutet an sich nichts. Der Vertrag ist über unsere Köpfe und über den Kopf des Parlaments hinweg unterzeichnet worden.

Die Schantungfrage.

Warum China den Frieden nicht unterzeichnet hat.

Haag, 3. Juli. (S. A.) Aus London wird gemeldet: Die chinesischen Delegierten haben in einem Gespräch mit dem Vertreter des „Manchester Guardian“ die Gründe auseinandergesetzt, die sie zu ihrer Weigerung veranlaßt haben, am Sonnabend, dem Tag der Friedensunterzeichnung durch Deutschland, in Versailles zu erscheinen. Der Rat der Vier drang darauf, daß sie den Vertrag bedingungslos unterzeichnen sollten und daß die Schantungfrage später besprochen werden würde. Sie erachteten dieses aber als unmöglich, weil man dagegen in China auf das beständige opponieren würde. Sie hätten nicht in die Heimat zurückkehren können, wenn sie den Friedensvertrag unterzeichnet hätten, und sie vertrauten darauf, daß jetzt etwas getan werde, um eine Besserung der Lage herbeizuführen. Sie werden in Paris bleiben und hoffen, daß die Konferenz die ganze Angelegenheit nochmals in Erwägung ziehen werde. Augenblicklich könne man aber noch nicht sagen, ob Japan einige Konzessionen machen oder ob England China unterstützen wird, so wie die chinesischen Delegierten es hoffen.

Rumäniens Mißstimmung über den Frieden.

Bratiannus Abschiedsbegehren.

Paris, 3. Juli. (Havas.) Der „Matin“ bestätigt, daß Bratiannu nach Bukarest reist, um seinen Abschied einzureichen. Er erklärte diesem Blatte, daß es für Rumänien unmöglich sei, die in dem Friedensvertrage mit Österreich aufgenommenen Klauseln über die Minderheiten in der Bevölkerung anzunehmen.

Die Abstimmung in Schleswig.

Die dänischen Konservativen gegen ihre Regierung.

Kopenhagen, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) „National Tidende“ zufolge wollen die konservativen Fraktionen der beiden Kammern des dänischen Reichstags den Außenminister Scavenius auffordern, Schritte zu unternehmen, um die Räumung der sogenannten dritten Schleswigher Zone (der südlichen) zu veranlassen und dadurch die Abstimmungsfrist in der zweiten Zone zu sichern. Diese sogenannte dritte Zone ist der vorübergehend von Deutschen bewohnte Streifen Süd-Schleswigs, nördlich des Danewerks, für dessen Abstimmung zugunsten einer Angliederung an Dänemark sich eine kleine aber energische Partei dänischer Nationalisten, sowie deutscher Opportunisten des betreffenden Gebietes eingesetzt hatte. Die Friedenskonferenz hat jedoch auf Vorstellung der dänischen Regierung von den deutschen Truppen und Beamten räumen zu lassen, um durch diese nicht das Abstimmungsergebnis in der zweiten benachbarten Zone beeinflussen zu lassen, ist demnach ein letzter Versuch dänischer Imperialisten, den Gedanken an die Danewerk-Grenze lebendig zu erhalten.

Telegrammwechsel zwischen Weimar und Wien.

Wien, 3. Juli. Der deutsche Minister des Auswärtigen Müller fandte an Staatssekretär Bauer folgende Drahtung:

„Im schwersten Augenblick der deutschen Geschichte zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches berufen, drängt es mich nach meiner Rindkehr aus Versailles, Sie in treuer Freundschaft herzlich zu begrüßen und zu bitten, daß Sie mir auch in meiner neuen Stellung Ihr Vertrauen weiter bewahren. Möge unsere auf Wiederaufrichtung der schwergeprüften Brüdervölker gerichtete Arbeit von Erfolg begleitet sein.“

Staatssekretär Bauer antwortete:

„Herzlichsten Dank für Ihren freundschaftlichen Gruß. Es freut mich, in vertrauensvoller Gemeinschaft mit Ihnen am Wiederaufbau des deutschen Volkes arbeiten zu können, das durch den Imperialismus in fürchterlichem Unheil gestürzt, sich im Zeichen der Demokratie und des Sozialismus wiedererheben wird, indem es das Vertrauen anderer Völker zu seiner geistigen Erneuerung erringt, die Hindernisse überwinden wird, die noch der staatlichen Einheit aller seiner Stämme entgegenstehen.“

Die Unruhen in Dortmund.

Die Zahl der Verletzten erhöht.

Dortmund, 3. Juli. Die Zahl der bei den Unruhen Verletzten übersteigt bisher fünfzig. Heute nachmittag trafen hier eine Abteilung Artillerie ein. Wie das Freikorps Düsseldorf mitteilt, sind einige Geschütze an verschiedenen Stellen der Stadt aufgestellt worden. Am Nachmittag kam es nur noch vereinzelt zu Plünderungsversuchen und kleineren Zusammenrottungen, gegen die jedoch die Regierungstruppen nachträglich einschritten. Die Zahl der Verletzten hat sich weiter etwas erhöht.

Unruhen in Dortmund. Dortmund, 3. Juli. Die Regierungstruppen haben an verschiedenen Stellen der Stadt Schreckschüsse gegen die Menge ab, da diese teilweise eine drohende Haltung einnahm. Der Bahnhof, sowie alle öffentlichen Gebäude sind von den Regierungstruppen besetzt.

Das Urteil im Mordprozeß von Klüber.

Mit dem Urteil gegen die Mörder des Oberleutnants von Klüber hat eine der schrecklichsten Taten, die je von einer aufgeregten Menge verübt worden ist, ihre Sühne gefunden. Wer sich noch der Einzelheiten entsinnt, wer vor allem noch daran denkt, daß von Klüber, wehrlos wie er war, in die Saale gestoßen wurde, und als es ihm gelang, sich an Land zu retten, wieder zurückgestoßen wurde, bis er durch die Kugel oder durch Ertrinken seinen Tod fand, der wird die Härte des Urteils nur begründet finden. Was den Prozeß selbst angeht, so ist hier wie noch nie der Sachverhalt durch die gegenseitige Beschuldigung der Hauptläufer klargelegt worden. Wenn sie nun das Gesetz mit seiner vollen Härte trifft, so muß man sich doch immer eingedenk bleiben, daß diese Leute nur Instrumente der maßlos aufgeregten Masse gewesen sind, und daß die Tat selbst nur ein Ergebnis der fieberhaft entflammten Volksstimmung war, wie sie durch die Vorgänge in Halle zum Ausbruch kam. Die Mitschuld fällt auf alle diejenigen zurück, die immer wieder die wirtschaftliche Not der Masse zu politischen Ausschüben mißbrauchten und den Haß des Proletariats gegen die Regierungstruppen bis zu einem Grade schürten, wo es kein Maß und Ziel mehr gibt.

Halle (Saale), 3. Juli. In dem Prozeß wegen Ermordung des Oberleutnants von Klüber, der am 2. März in Halle nach dem Einrücken der Regierungstruppen während der spartakistischen Unruhen von einer Menschenmenge zur Saale geschleppt, in den Fluß gestoßen wurde und durch Schüsse schwer verletzt unterging, wurde heute nach zehntägiger Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht das Urteil gefällt.

Von den elf Angeklagten wurde der Militärinvalid Otto Bauer wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Wegen Beihilfe zum Mord erhielten der Schauspieler Heinrich Gierhard dreizehn Jahre sechs Monate, der Handlungsgehilfe Rudolf Richter zwölf Jahre, der Geschäftsführer Kurt Kritz zehn Jahre Zuchthaus, wegen Totschlags der Mechaniker Erich Fiedler neun Jahre Zuchthaus. Wegen die übrigen Angeklagten: Monteur Max Hädel, Soldat Stephan Thaler, Schlosser Max Jungmann und Arbeiter Oskar Suhl wurde wegen schweren oder einfachen Landfriedensbruchs auf Zuchthaus- und Gefängnisstrafen erkannt. Der Maurer Max Reiz erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung sechs Monate Gefängnis.

Der Arbeiter Musculus wurde freigesprochen.

Die Totengräber unserer Volkswirtschaft.

Von Hermann Wäger.

Während sich Reichswirtschaftsministerium und Reichsernährungsministerium darum streiten, ob die Einführung von Rohstoffen oder von Lebensmitteln wichtiger ist, werden fortgesetzt sowohl aus Frankreich wie aus England über unser besetztes Wirtschaftsgebiet ungeheure Mengen von Waren, die keinesfalls immer dem Bedarf der armen Bevölkerung entsprechen, eingeführt. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um hochwertige Textilzeugnisse, wie feine Herrenstoffe, Damenkleiderstoffe, Seide usw. Der Wert der in den letzten 2 Monaten hereingekommenen und noch hereinkommenden Waren dürfte mit vielen hundert Millionen viel zu niedrig gegriffen sein. Auch heute noch erreichen Berlin und andere größere Plätze täglich so und so viele Waggons mit Luxusartikeln. Man kann ohne weiteres annehmen, daß auf sie in den meisten Fällen nicht einmal der Einfuhrzoll bezahlt worden ist. Die Bezahlung dieser Waren geschieht dadurch, daß vom Empfänger die in Frage kommenden Marksummen an die sich in Köln, Worms, Mainz usw. aufhaltenden Verkäufer abgegeben werden. Die Mark wandert somit sofort ins Ausland, wo sie in ungeheuren Mengen tatsächlich in fremden Währungen umgesetzt wird. Das muß selbstverständlich auf den Stand unserer Balance drücken und die Bezahlung für aus dem Auslande benötigte Lebensmittel in ungünstigsten Sinne beeinflussen. Anstatt für diese Milliarden Rohstoffe für unsere Industrie, insbesondere Rohbaumwolle hereinzubekommen, unsere Produktion damit wieder in Gang zu bringen und durch Ausfuhr unserer vom Auslande benötigten Erzeugnisse den Stand der Mark zu bessern, wird durch diese verbrecherische Manipulation dem deutschen Volke das tägliche Brot verteuert! Dann bewilligt man monatlich 500 Millionen Mark, um dem Volke die Folgen dieses landesverräterischen Treibens einer kleinen Anzahl skrupelloser Geschäftsmacher weniger fühlbar zu machen. Wie lange soll dieser Wahnsinn denn hemmungslos fortwähren? Die Lebensmittelunruhen und Blinderungen der letzten Zeit, die man glaubt, im Bürgerkrieg blutig erlösen zu können, haben in diesen wirtschaftlichen Verhältnissen ihren ersten Hintergrund! Wenn der Volkspol mit hungrigen Mägen vor den Auslagen der Lebensmittelgeschäfte steht und sieht, wie die teuren Sachen von den gutgehährten Angehörigen des wohlhabenden Bürgertums gekauft werden, denen man auf 1000 Schritte ansieht, daß sie wohl noch nie in ihrem Leben produktive Arbeit geleistet haben — wenn in den Schaufenstern Anzüge, Kleider und Wäsche zu phantastischen Preisen ausliegen und der arme Mann daran denkt, daß seine Frau und seine Kinder kein Mehl auf dem Leibe haben, dann gehört eine Oberflächlichkeit sondergleichen dazu, das rapide Anwachsen des Heeres der „sozialen Elemente“ auf das Konto der Agitation der Kommunisten usw. zu setzen. Nein! Dieser Anschauungsunterricht überzeugt das Volk von der Unerträglichkeit unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände mehr als 1000 „Heftblätter“ und „Sprechden“!

Der Allgemeinheit werden diese Dinge im ganzen Umfang ebensowenig bekannt sein, wie die Tatsache, daß ungeheure Bestände von Reichs- und Seeresgütern teils durch das Verlagen der zuständigen Ämter und Bewirtschaftungsstellen, teils durch Unfähigkeit — ja selbst Korruption — einzelner Beamten und Offiziere in den Schleichhandel gekommen sind und noch kommen. Der Reichsregierung sind aber diese entsetzlichen und zur Katastrophe treibenden Erscheinungen bekannt! Was hat sie nun getan, um dem Treiben zum Abbruch Einhalt zu gebieten? Sie will unseren Genossen Wiffell und Schmidt ohne weiteres befähigen, daß sie den guten Willen gehabt haben. Dieser schmachvollen Zustände Herr zu werden, gelangen ist das ihnen aber bisher nicht einmal in den besten Tagen gelungen. (Zur tatsächlichen Minderstellung: Die Verwertung von Seeresgut unterhandelt bisher den demokratischen Ministern Röth und Gothein, jetzt Mayer-Kaufmann. D. Red.) Die Ursache ihres Mißerfolges ist darin zu suchen, daß sie in übergroßer Jaghaftigkeit unterlassen haben, den schwer erkrankten Volkskörper einer gründlichen Seilbehandlung zu unterziehen. Wir befinden uns noch immer in der muffigen Krankenküche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und sehnend uns vergeblich nach der frischen Luft und dem Licht des Sozialismus. Das unfähige Pflegepersonal in Gestalt der alten verkrüppelten Bürokratie stemmt sich mit Jähzorn gegen jede Anordnung der neuen Ärzte und redet ihnen ein, der Kranke sei zu schwach, um frische Luft und Licht zu ver-

tragen. So werden die neuen Kräfte selbst an ihrer Kunst irre und fürchten sich, die notwendigen radikalen Operationen vorzunehmen. Damit sich der arme mißhandelte Kranke auf gegen diese falsche Behandlung, dann sagen sie, es sei Fieberwahn und legen ihm die Zwangsjacke an.

Unsere Genossen in der Regierung tragen eine riesengroße Verantwortung und ihr guter Wille wird sie nicht davor bewahren, daß die Geschichte einst ein hartes Urteil über sie fällt, wenn sie nicht die nötige Energie aufbringen, diesem Skandal erstlich zu weichen und dann zu gehen. Unter aus dem wilhelminischen Klassenstaat reiflos in die deutsche „sozialistische“ Republik hinübergerettetes „Recht“ ist eine einzige Heiligensprechung des Privateigentums. Dem Gemeininteresse wird nur ganz verschämte eine engebegrenzte Einflußsphäre eingeräumt. Die ungeheuer schwere Zukunftsaufgabe, vor die das deutsche Volk gestellt ist, erfordert zu ihrer Lösung die Anspannung aller Kräfte, die vollständige Unterordnung aller Einzelinteressen unter das Gesamtinteresse, eine Umwertung aller Werte und damit eine Revolutionierung und völlige Umgestaltung unserer bisher für den kapitalistischen Klassenstaat geltenden Rechtsgrundsätze. Das Gemeininteresse muß zum obersten Gesetz erhoben werden, Verstöße gegen dasselbe sind Hochverrat und müssen mit den schärfsten Strafen bestraft werden. Wenn die furchtbaren Verfassungsverstöße der vergangenen Monate und die von den Parasiten am deutschen Wirtschaftskörper begangenen Verbrechen gegen das Gemeinwohl etwas wieder gutgemacht werden sollen, dann muß ungehemmt zu einer radikalen Verfassungsänderung aller über das besetzte Gebiet eingeführten Waren gesritten und diese Waren für Rechnung des Staates zu angemessenen Preisen veräußert werden. Jeder Besitzer derartiger Waren muß unter Eidesschwur den Ursprung derselben angeben, damit diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden können, die aus maßloser Profitgier am Ruin der eigenen Volksgemeinschaft mitgewirkt haben. Dem Zugriff der Exekutive unterliegt jedes Warenlager, bei dem der Verdacht besteht, daß es aus Reichs- oder Staatsbeständen stammt und daß bei dem Besitzwechsel nicht alle gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Durch Gesetz muß der bestehende Rechtszustand abgeändert werden, daß nicht mehr der Staatsanwalt dem Besitzer oder Eigentümer der beschlagnahmten Waren den rechtswidrigen Erwerb nachweisen muß, sondern daß umgekehrt die Nachweispflicht dem Eigentümer oder Besitzer auferlegt wird. Vor Monaten ging bereits die Reichsregierung mit einem ähnlichen Ortschaftenwurf schwanger! In welchen Widerständen ist das Zustandekommen desselben gescheitert?

Schlieflich müssen alle Umschlagplätze am besetzten Gebiet mit einer ständigen und ausreichenden polizeilichen Kontrolle belegt werden, deren Aufgabe es ist, den gesamten Güterverkehr zu überwachen, alle Güter ohne Ursprungszertifikat einer deutschen Zollbehörde anzuhalten und etwaige Ursprungszertifikate durch Rückfrage auf ihre Echtheit hin zu prüfen.

Man wird mir hier entgegenhalten, daß zur Durchführung dieser Maßnahmen ein Heer von einigen Tausend Kriminalbeamten notwendig ist, daß aber gegenwärtig sowohl bei den örtlichen Polizeipräsidien, als auch bei dem Landespolizeiamt großer Mangel an Beamten besteht. Darauf ist zu erwidern, daß für diese Tätigkeit, die keine besonders kriminallistische Schulung voraussetzt, mit Reichweite die erforderliche Anzahl geeigneter Kräfte zu gewinnen ist, wenn man sie nur auskömmlich entlohnt. Die jetzige Entlohnung der unteren Kriminalbeamten mit wenig über 100 Mk. Gesamtmonatsentlohnung ist eine der vielen Unbegreiflichkeiten, über die man gar keine Worte erst verlieren braucht. Eine ganze Anzahl von Kriminalbeamten würde frei werden, wenn man endlich einmal das Institut der politischen Polizei aufheben würde. Es ist ein Unfug, wenn Minister — auch sozialistische — überwacht werden.

Nachmals: Es muß ernstlich und sofort dieser Anarchie auf den Leib gerückt werden! Mit Palliativmitteln ist hier nichts mehr zu machen, sonst treiben wir rettungslos dem Untergang zu!

Polen und Kasuben im Danziger Freistaat.

Die „Gazeta Słaska“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 27. Juni mit der Sicherung der polnischen Rechte in Danzig. Sie verlangt, daß die Polen sich zusammenzuschließen sollten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen beziehen sich u. a. auf die Gleichberechtigung in Schulen, Amt und wirtschaftlichem Leben. Was unter Gleichberechtigung zu verstehen ist, können wir ja mit Leichtigkeit aus dem Verhalten der Polen in Polen entnehmen, daß natürlich auch für die Behandlung der Polen im Danziger Freistaat zu dienen hat. Die „Gazeta Słaska“ berechnet dabei, daß der Danziger Freistaat ungefähr 380 000 Einwohner zählt, unter denen nach der preußischen Statistik 13 500 Polen sind, während die Polen neuerdings 60 000 herausrechnen, allerdings auf Grund einer völlig unsicheren Schätzung, die natürlich viel zu hoch sein muß, wie jeder Kenner Danzigs genau weiß. Die „Gazeta Słaska“ spricht nur von Polen und verzicht dabei wieder vollständig, daß in der nächsten Nähe von Danzig zahlreich Kasuben leben. Die Kasuben sind, wie die Kasuben selbst wissen, Polen und wollen durchaus nicht als solche betrachtet werden. Die Polen sind besorgt, die Kasuben als Polen in Anspruch zu nehmen und die kasubische Eigenart zu unterdrücken. Da die Deutschen in dieser Hinsicht bedeutend mehr Toleranz zeigen, so werden sie selbstverständlich auch auf die Kasuben Rücksicht nehmen und nicht nur den Polen, sondern auch wahrscheinlich den im Danziger Freistaat weit zahlreicheren Kasuben Gleichberechtigung zuerkennen. Es ist anzunehmen, daß sich auch die Kasuben in nächster Zeit zusammenschließen werden.

Ende des Eisenbahnerstreiks!

Der Eisenbahnerstreik ist beigelegt. Glücklicherweise hat er in vollem Umfang nur wenige Tage gedauert und der Schaden, der dadurch angerichtet worden ist, ist in verhältnismäßig geringen Grenzen geblieben. Jedenfalls ist er nicht in dem unbeschreiblichen Umfang eingetreten, den die politischen Drahtzieher, welche die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft ihren politischen Zielen zumute machten, heraufbeschwören wollten. Es ist ein wahres Glück, daß sich die besonnene Arbeiterschaft in ihrer Haltung nicht hat beirren lassen, sondern von ihren Ansprüchen zunächst zurückgetreten ist, als sie die Unerfüllbarkeit der Forderungen einsah. Der Fluch der Selbstblockade, die unserem Wirtschaftsleben nach den Festsicherungen des Augenhandels den Todesstoß versetzen mußte, ist uns im wesentlichen erspart geblieben.

Zwar regen sich noch an anderen Orten des Reiches Streikwellen, über deren voraussichtlichen Umfang heute noch nichts gesagt werden kann, doch hoffen wir auch in diesen Fällen, daß die Vernunft siegen wird. Wenn es erst einmal der Arbeiterschaft zum vollen Bewußtsein gekommen ist, daß in der heutigen Notlage unserer Volkswirtschaft jeder Streik ein Wertverlöcherer sein muß und daß jeder noch so große durch Streik erwerbene Vorteil früher oder später durch die Steigerung der Preise verloren gehen muß, so werden diese tödlichen Angriffe in das Wirtschaftsgetriebe von selbst unterbleiben.

Wir haben schon immer betont, daß wir keinesfalls verkennen, wie schwierig die Lebenshaltung für die Arbeiterschaft unter den heutigen Verhältnissen ist. Darum werden wir nicht ablassen, berechtigten Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, sobald die allgemeine Wirtschaftslage und die Gesundheit der Staatsfinanzen die Möglichkeit ihrer Erfüllung gibt. Aber wir können im Hinblick auf den Verkehrsstreik nur erneut die Mahnung wiederholen, angesichts der bevorstehenden Aufhebung der Blockade durch Arbeit, durch Schaffung von Ausführgütern dazu beizutragen, daß in Form von Lebensmitteln und Rohstoffen der Arbeiterschaft erträglichere Existenzbedingungen gewährt werden können.

Schon jetzt macht sich unter den Straßenbahnern eine erhebliche Mißstimmung gegen den Streik geltend, die um so begründeter ist, als ja die Straßenbahn nunmehr ein sozialistisches Unternehmen ist und infolgedessen die Steigerung der Ausgaben nur von der Allgemeinheit getragen werden muß. Wir hegen den Optimismus, daß auch hier bald die Vernunft über die Leidenschaft den Sieg davonträgt.

Gegen das Proletariat.

Man schreibt uns:

In der gestrigen Ausgabe der „Freiheit“ wird bestritten, daß Eisenbahner gesagt haben, es mache ihnen nichts, wenn durch Aufhebung von Lebensmitteltransporten Frauen und Kinder hungern müßten. In deutscherseitscher Weise fordert das Blatt Beweise dafür. Am 10. März d. J. vormittags 10 Uhr, hat der Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Berlin, Schulz auf dem Hofe der Eisenbahnhauptwerkstatt 2 Berlin, Kneiser Str. 99, in einer von circa 2000 Personen besuchten Betriebsversammlung ausdrücklich erklärt, daß der volle Güterverkehr, einschließlich aller Lebensmittel- und Kohlenzüge, eingestellt werden müßte. Er betonte, daß es ihm sehr wohl bekannt sei, daß darunter in erster Linie Frauen und Kinder leiden müßten, das geht aber nicht anders. Im Interesse des gestrichenen Zieles (Sturz der Regierung) müsse aber auch das hingenommen werden. Ohne Einspar kann das Spiel nicht gewonnen werden.

Der Einsender erbietet sich, seine Angaben eidlich zu erhärten. Wenn jetzt noch behauptet wird, daß der Streik der Eisenbahner lediglich aus wirtschaftlichen Gründen angezettelt worden ist, so bedarf es nach dieser einwandfreien Feststellung seiner weiteren Beweise mehr.

Hindenburgs Abgang — Auflösung der Obersten Heeresleitung.

Der Dank der Reichsregierung.

Weimar, 3. Juli. Amtlich. Generalfeldmarschall von Hindenburg, der bereits vor einiger Zeit um Genehmigung seines Rücktrittes bei Abschluß des Friedens gebeten hatte, verläßt am heutigen Tage Kolberg. Gleichzeitig ist die Oberste Heeresleitung aufgelöst. Aus diesem Anlaß hat der Ministerpräsident an den Generalfeldmarschall von Hindenburg im Namen der Reichsregierung folgendes Telegramm gesandt:

„Im Namen der Reichsregierung sage ich Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, noch einmal unseren unaufheblichen Dank für alle Dienste zum Besten des Vaterlandes. In Tagen der Not wurden Sie gerufen, in Tagen noch schlimmerer Not schloßen Sie Ihre Aufgaben ab. Die wir im Zwange der Pflicht auf unseren Posten bleiben müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art sehen, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande höher gestellt haben, als persönliche Gefühle und Anschauungen.“

Berlin, 3. Juli. Reichswehrminister Kossel hat an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgendes Telegramm gesandt:

Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Kolberg. An dem Tage, an dem Sie den Oberbefehl niederlegen, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmarschall, im Namen der neuen deutschen Wehrmacht den herzlichsten und unauslöschlichen Dank des Vaterlandes für Ihre treugeleisteten Dienste auszusprechen. Die Sie als ruhmgekrönter Feldherr unsere Heere in Feindesland geführt haben, wird unvergänglich in der Geschichte fortleben. Besonders aber muß Deutschland Ihnen dankbar sein für die Mühe und Sorgfalt, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die militärischen Geschicke unseres Vaterlandes geleitet haben. Sie haben damit den Grundstein gelegt, auf dem unser Volk in hoffentlich nicht allzu fernem Zukunft sein neues Haus bauen wird, in dem dann unsere Kinder und Enkel wieder mit Stolz und Freude als Deutsche leben können. In dieser sicheren Zukunftshoffnung möge Ihnen, Herr Feldmarschall, noch ein langer, von der dankbaren Verehrung des deutschen Volkes getragener Lebensabend beschieden sein. Reichswehrminister Kossel.

Der Stand der Steuergesetze. Die wir von zuständiger Stelle erfahren, sind entgegen anders lautenden Meldungen, im Reichsministerium der Finanzen die Entwürfe der Vermögensabgabe, der Umsatzsteuer und der Reichsabgabenordnung fertig ausgearbeitet. Die Vorlagen werden der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß unverzüglich zugehen, so daß sie noch vor Beginn der Sommerferien im Parlament erledigt und Gesetzeskraft erhalten werden.

Der Vizepräsident der Nationalversammlung Schulz ist als Unterstaatssekretär in das Reichsministerium des Innern berufen worden.

Das Kinderelend in Mitteleuropa.

Die furchtbaren Folgen der Hungerblockade werden jetzt allmächtig auch in England bekannt. Das Elend der Kinder, namentlich in östlichen Europa, wird auf Grund der Mitteilungen des Internationalen Roten Kreuzes von H. B. Willcocks in einem englischen Blatt geschildert. Der Hungertypus wüthet in Deutsch-Ostpreußen, in Polen, Litauen und Weißrussland. Hunderttausende von Menschen in diesen Gebieten müssen sich mit einem Teller Kaffertuppe und mit ein paar schlechten Kartoffeln als Tagesnahrung begnügen. Bodenfälle sind in Siebenbürgen sehr häufig. Zahlreiche Kinder der Mittelmächte werden blind werden, weil die notwendigen Medikamente zu ihrer Heilung fehlen. Seltsame Krankheiten, wie Knochenweichung und bisher unbekannte Formen der Tuberkulose, treten unter den Kindern in Deutschland und Oesterreich auf.

Alle Kinder unter zwei Jahren sind in Petersburg tatsächlich tot. Es gibt Teile Rumäniens, wo überhaupt keine Kinder unter zwölf Jahren mehr leben. In russischen Armenien ist die Nahrungszufuhr so ungenügend, daß sich nur ein Teil der Bevölkerung ernähren kann, und natürlich sind die Kinder die ersten Opfer. Man muß, so schwer es einem fällt, die Geschichten von Menschenfresserei glauben, die von hier gemeldet werden. In Prag gibt es wieder Brot noch Weizen, noch Fett oder Mehl. Die Kinder, die hier noch am Leben sind, können nach dem Bericht der Ärzte kaum noch auf ihren Beinen stehen und sehen mehr wie traurige Gespenster, als wie menschliche Wesen aus. Im Balkangebiet kommen nach den Mitteilungen des amerikanischen Roten Kreuzes die Flüchtlingskinder in Scharen zu den Rettungsstationen, Frauen mit ihren toten Kindern auf dem Arm, junge Mädchen, die vor Hunger wahnsinnig sind, und Kinder, die nur noch lebende Skelette darstellen. Unter der Hungernot leiden ebenso Rumänen wie Serben, Montenegro wie Albanien und Bosnien. In Armenien, Syrien und im Kaukasus gibt es eine halbe Million verelender und hilfloser Kinder. Die Wägen wüthen in Konstantinopel unter dem Nachdruck.

Alle diese Dinge sind Tatsachen, furchtbare Tatsachen, die von den Behörden des Roten Kreuzes, von neutralen Kommissionen, die aus Ärzten und Gelehrten bestehen, von unseren eigenen Offizieren gemeldet werden. In Ost- und Mitteleuropa — aber auch in Teilen von Italien herrscht Hungernot — ist die Jugend dem Untergang geweiht, wenn nicht Hilfe kommt. Und dieser schwer erkrankte Körper muß ohne die schärfsten Abwehrmaßnahmen ganz Europa verelenden. Wenn erst einmal der Hungertypus und die Boden über halb Europa verbreitet sind, dann wird all unsere

Wissenschaft nicht imstande sein, das übrige Europa vor der Ansteckung zu schützen.

Aber bilden wir noch weiter: Was für Hoffnung besteht auf einen Wiederaufbau der Welt, wenn die Kinder Europas, die überleben, von Anämie und Tuberkulose so geschwächt sind, daß ihr Leben nur ein halbes Leben ist? Es gibt Kinder in den Wiener Kranenbäusern und anderwärts, die niemals werden sehen können; es gibt unzählige andere, die nie einen zum Arbeiten gesunden Körper erlangen werden. Wie kann die Welt von Wölfen wieder aufgebaut werden, die in ihrer Lebenskraft so schwer erschüttert sind? Denn es handelt sich nicht nur um die Lebenden, sondern um die degenerierten Nachkommen der heute Lebenden. Wir fragen mit Entsetzen, was für eine Zivilisation von dieser wachsenden Rasse menschlichen Elends ausgehen soll. Diesem Kinderelend in Ost- und Mitteleuropa nach Möglichkeit zu steuern, das muß die erste praktische Aufgabe des Völkerverbandes sein, der in dem Völkerverband zum Ausdruck kommen soll.

Freilich müßte sie das sein. Aber der Geist des Völkerverbandes wird vorläufig nur dann praktische Aufgaben als zur Durchführung reif erkennen, wenn damit ein Weltgeschäft zu verbinden ist. Einmal hat der Kapitalismus der Weltländer sein Geschäft mit der großen europäischen Kindervernichtung gemacht. Und nicht zum erstenmal hat der Kapitalismus ein Weltgeschäft in blutbesudelten Geschäften mit der Bevölkerung abgeschlossen, daß befehlsmäßig Kinderermordung ihm ein Wohlgefallen ist, weil er sich füllig rentierte.

Das Märchen von den abgehackten Händen.

Die Greuelgeschichten von den belgischen und französischen Kindern, denen von den deutschen Soldaten eine oder beide Hände abgehackt worden seien, ist nicht nur während des Krieges mit allen Mitteln der Propaganda von unseren Feinden verbreitet worden, sondern wird auch gegenwärtig wieder, besonders in den besetzten Gebieten, eifrig zur Stimmungsmache benutzt. Da Photographien dieser verstümmelten Kinder herumgeschickt werden und Soldaten der feindlichen Armeen in jeder Weise beschuldigen, sie hätten solche Kinder mit eigenen Augen gesehen, ist es von Wichtigkeit, nachzuforschen, wie dieses Greuelmärchen überhaupt zustande gekommen sein kann. Dafür bietet einen wertvollen Anhalt die Erklärung, die ein Arzt in der „Reichsmilitärärztlichen Wochenschrift“ gibt. Gemäß hat die Propaganda der Feinde diese zunächst aufzufindenden Gerüchte in der schamlosesten Weise zu unerhörten Anschuldigungen gegen die deutsche Armee mißbraucht. Aber nicht jeder, der solche Kinder mit eigenen Augen gesehen haben will, braucht deshalb als Verleumder hingestellt zu werden, sondern er kann selbst irreführend worden sein. Daß jeder Arzt, der längere Zeit im Feindesland zugebracht hat und dort Gelegenheiten hatte, nicht allzuweit hinter der Front und besonders nach größeren Gefechtsabhandlungen einheimische Zivilpersonen ärztlich zu versorgen, kann bestätigen, daß ihm vielfach Kinder, manchmal auch Erwachsene zugeführt wurden,

die dadurch leichtere oder schwerere Verletzungen, vorzugsweise an den Händen, davongetragen hatten, daß sie das Schicksal abwarteten, dabei sogenannte „Blindgänger“ fanden, diese aufhoben und dann durch die Explosion dieser nicht explodierten Granaten oft schwer verletzt wurden. Ich habe als Leiter einer größeren chirurgischen Abteilung eines Kriegslazarett in Polen eine ganze Reihe solcher Fälle zu behandeln gehabt; darunter war auch der Fall eines vierzehnjährigen Jungen, dem die eine Hand von einem solchen explodierenden Blindgänger vollkommen abgerissen worden war. In Belgien, wo ich nur kürzere Zeit tätig war, habe ich ein Kind behandelt, dem mehrere Finger auf die gleiche Weise abgerissen worden waren. Es liegt nahe, das Märchen von den Kindern mit den abgehackten Händen auf einige oder auch nur eine derartige Verletzung zurückzuführen. Die betreffenden Kinder mögen in deutsche Lazarette gebracht worden, dort behandelt, eventuell, wenn notwendig, auch amputiert worden sein. Sie sind dann später mit dem Befehl der Kriegslage auf die feindliche Seite gekommen, und nun haben sie das Fundament für das ganze Verleumdungsgedäude abgegeben. Wahrscheinlich erzählen diese Kinder, nachdem sie erst der Mittelpunkt des allgemeinen Interesses geworden sind und schließlich den wahren Ursprung ihrer Verwundung verstanden haben, bewußt oder unbewußt jedem, der es hören will, daß ihnen die Deutschen die Hände abgehackt hätten. Dieser Vorgang wäre psychologisch durchaus erklärlich.

Notizen.

— Den Blutzug der deutschen Revolution widmet der „Wahre Jakob“ in seiner dieswöchigen Nummer ein gezeichnetes Gedicht: Hängende Zweige umrahmen die Bildnisse von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer; im Sternfeld der Architektur, in die die Bildnisse eingelassen sind, steht geschrieben: Im Vortausch.

— Kein Neubau des Opernhauses. Mit der Ausführung des geplanten Opernhausneubaus auf dem Gelände des königlichen Theaters ist vorläufig nicht mehr zu rechnen. Gegenwärtig bemüht sich der preussische Fiskus, das ehemalige „Neue königliche Opernhaus“ (Kroll) vom 1. Oktober ab wieder zu verpachten, und er verlangt, daß der Pächter alle Wiederinstandsetzungsarbeiten allein trage.

— Gegen die Verunstaltung durch Denkmäler. Beim hiesigen Kultusministerium ist ein Sachverständigenauschuß gewählt worden, der alle Gesuche um Aufstellung von Denkmälern vom künstlerischen Standpunkt aus zu prüfen hat. Für dies Jahr gehören dem Auschuß an: die Architektin Prof. Otto Orlando, Kurz und Max Wiederanders, die Bildhauer Prof. Hermann Hahn und Rida Rimmelin, der Maler Prof. Julius Diez. Zu den hiesigen Landesstellen hat der Auschuß Vertrauensmänner.

— Ein Bund der Kunstgewerbetler Deutschlands, dessen Forderungen von sozialistischen Einflüssen zeugen, erläßt einerseits auf alle freischaffenden und ansehnlichen Künstler und Kunstgewerbetler, den der Dekorationsmaler Oskar Hüttel, Berlin-Neußölln, Jägerstr. 24, unterzeichnet.

10. deutscher Gewerkschafts-Kongress.

4. Verhandlungstag.

Nürnberg, den 3. Juli.

In der heutigen Sitzung erhielt Richard Müller-Berlin das Wort als Gegenberichterstatter zu der Frage der künftigen Wirksamkeit der Gewerkschaften und zu den Richtlinien über die Betriebsräte...

Die Unternehmer können niemals zum Wiederaufbau der Wirtschaft herangezogen werden.

Sie haben gegenüber der Revolution Sabotage mit dem deutschen Wirtschaftsleben getrieben. Eine völlige Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens ist zwar heute noch nicht möglich durchzuführen...

Allerdings können wir nicht von heute auf morgen den kapitalistischen Staat umstoßen.

(Ausrufe.) Auch hier ist ein organisches Fortführen nötig. Sofort muß aber das Wirtschaftsratesystem durchgeführt werden. Wir haben dazu eigene Richtlinien aufgestellt...

Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Vertragsbedingungen sind eine konsequente Durchführung unserer alten gemeinschaftlichen Forderungen und bedeuten für die Arbeiterschaft einen großen Fortschritt. Die Arbeitsgemeinschaft ist keine Produktion der Revolution...

Dann wird man aber nicht angehoht wie derjenige, der recht radikale Töne in Volkerversammlungen anschlägt.

(Sehr wahr! und Unruhe.) Die Betriebsräte über das Wirtschaftsleben hinaus wirken zu lassen, ist ein höchst unglückseliges Experiment. Wenn die Arbeiterschaft ein neues Haus aufbauen wird...

Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitsgemeinschaften sowie bei allen Verhandlungen und allen Körperschaften, die dem Aufbau und der Förderung...

Als Korreferent zu diesem Punkt erhielt ebenfalls Richard Müller das Wort: Wenn noch Zweifel darüber bestanden haben, daß das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsrates...

Die Regierung wollen wir jetzt gar nicht stürzen, nein, sie soll sich erst abwirtschaften.

Das Volk soll einsehen, daß auch diese Regierung nicht imstande ist, es aus dem Elend herauszuführen. (Zuruf: Däumig!) Däumig und meine Parteileitung stehen auf demselben Standpunkt wie ich...

Es beginnt dann die Besprechung. Als erster Redner tritt Paul Lange-Berlin einen Antrag, der den Gesetzentwurf über die Betriebsräte verwirft und überhaupt jeden Gesetzentwurf ablehnt...

Der Vorsitzende verliest dann ein Beileidstelegramm, das die Generalkommission zum Ableben Söderbergs an die schwedische Landeszentrale abgefaßt hat.

Sodann teilt der Vorsitzende Reichel-Stuttgart

das Abstimmungsresultat über das Vertrauensvotum für die Generalkommission mit.

Die an der Abstimmung beteiligten Delegierten vertreten 4791154 Mitglieder. Davon haben mit ja gestimmt 3307335 Mitglieder, mit nein 1483770 Mitglieder.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung wird die Besprechung fortgesetzt. Loth-Berlin (Metallarbeiter) begründet einen Antrag Bange und Genossen, der die Arbeitsgemeinschaft ablehnt...

Der Vorsitzende verliest dann ein Beileidstelegramm, das die Generalkommission zum Ableben Söderbergs an die schwedische Landeszentrale abgefaßt hat.

Sodann teilt der Vorsitzende Reichel-Stuttgart

das Abstimmungsresultat über das Vertrauensvotum für die Generalkommission mit.

Die an der Abstimmung beteiligten Delegierten vertreten 4791154 Mitglieder. Davon haben mit ja gestimmt 3307335 Mitglieder, mit nein 1483770 Mitglieder.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung wird die Besprechung fortgesetzt. Loth-Berlin (Metallarbeiter) begründet einen Antrag Bange und Genossen...

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

4] Verdeutschelt von Max Goldfort.

Das Gespenst meiner Tante hantiert mit einem hölzernen Löffel und es geistert in dem Raume herum. Und dabei fährt sie fort: Deine arme selige Mutter war in die Fegen rein verliebt...

Tantchen ist nun völlig der erregenden Erinnerung an die Vergangenheit ausgeliefert, und sie hält ein mit all ihrem Reden und Numoren. Sie erstickt beinahe und fährt mit dem Kopfe hin und her und tupft sich mit dem Kermel das Gesicht ab...

Jetzt wage auch ich behutsam ein Wort: „Aber ja doch, ja doch —“

Ein Seufzer nur antwortet mir. Sie zündet das Feuer an. Der Brausen haucht ein Rauchgepolster auf, das immer dichter wird. Das wälzt sich über den Herd, das kriecht bis zum Boden hinab und breitet sich dort in geschmeidigen Schichten aus...

„Aber ein besonderes Abzeichen wär' doch schöner,“ meint Tantchen hartnäckig.

Ein feuchtes Atmen strömt von ihr aus. Sie schnauft stärker und dringender. Sie sucht hier und da ein Taschentuch. Sie schwankt mit der Lampe umher. Während meine Augen ihr nachfolgen, wird der Raum wacher und wacher...

Und Tantchen nimmt schon wieder das Wort und sagt: „Ich liebe die Ordnung so sehr.“ Dabei huscht sie zwischen all diesem Gerümpel herum, das von einer weichlaumigen Wolkenficht bedeckt ist.

Ich strecke die Beine aus, so wie ich es jeden Abend tue. Ich lege die Füße auf den Schemel, den die langjährige Abnützung blank geschleuert und verschont hat, als wenn er noch ganz neu wäre...

Aber da, da ist sie mir nun plötzlich ganz nahe gekommen. Sie trägt ihr weiß- und graugestricheltes Leibchen, das von ihren spitzen Schultern herunterbaumelt. Sie zittert förmlich und legt die Arme um meinen Hals und sagt: „Du mit Deinen Gaben kamst noch mal hoch herauskommen.“

Sie schüttelt fachte das Haupt, das noch von ihren Tränen ganz verdeckt ist. Sie späht und horcht in die Weite. Sie sieht mich schon, wie ich rufe, sie hört schon, wie ich in den Strahlen gehört werde.

Raum ist dieses seltsame Bild einer Zukunft vorüber gehuscht, das da unerwartet unsere Klübe besucht, als Tantchen ihre Augen in die meinigen versenkt. Und sie sagt: „Junge, nimm Dich in acht, höher hinaus zu wollen, als es sich ge-

hört! Du bist schon ein bißchen ein häuslicher Mensch. Du hast schon ernste und gefechte Angewohnheiten. Schön, aber laß Dir niemals einfallen, mehr als die anderen Menschen sein zu wollen!“

„Ja, das brauchen wir niemals zu fürchten.“

Rein, das brauchen wir nicht zu fürchten. Ich möchte nur bleiben, wie ich bin. Jemand etwas hält mich in dem Rahmen meiner Kindheit und meiner Jugend zurück. Ich möchte, daß all das unvergänglich bleibe. Natürlich erhoffe auch ich vielerlei vom Leben. Ich hoffe, ich hoffe, wie alle übrigen Menschen auch...

Nun ist das Feuer angezündet und Tantchen rührt mit dem Holzlöffel das Fleischchen, das warm werden soll. Manchmal sprüht von der Feuerstätte ein trübes, zerfetztes Feuerlein auf ihre Gestalt hinüber. Ich stehe auf, um auch nach dem Essen zu sehen. Die Flamme raunt, man sieht im Topf bleiche Kartoffelschnitten, und alles das ist überläßt von einem lofen Frießelschaum. Dann schüttet Tantchen das Essen in eine große weiße Schüssel. Dabei sagt sie: „Das ist für Dich. Ich brauche ja nichts weiter.“

Wir lassen uns an dem kleinen schwärzlichen Tischlein nieder. Tantchen sucht in ihren Taschen nach etwas. Dann schält sie ihre magere durchbuchtete und dunkel angelaufene Hand aus den Kleiderfalten hervor. Sie bringt ein Käsestücklein zu Tage. Sie kragt es mit einem Messer ab, daß sie unmittelbar an der Schneide packt, und sie schluckt die Stücklein langsam in sich hinein. Das Strahlen der Lampe fällt über uns und ich sehe, daß Tantchens Gesicht noch nicht trocken geworden ist. Ein Tränenwassertropfen ist auf ihrer Wange hängen geblieben, die sich bei jedem Winken auflöst, um schillernd zu glänzen. Ihr großer Mund bewegt sich nach allen Richtungen und verschluckt manchmal die Reste der Tränen. Derart sitzen wir vor unsern Tellern. Auf einem Stücklein Papier liegt das Salz. Mein Anteil an dem Eingemachten ist in einen Rosfrüctopf gefüllt. Während wir so dasthen, sind wir eng verbündet und nah; unsere Stirnen und unsere Hände sind von dem Dampfschimmer zusammengefügt. Alles Uebrige aber ist armfelig, von dem ungeheuren Nachtschatten verkleidet. (Fortf. folgt.)

Als Vertreter Redner sprach Jansson (Generalkommission). Er tritt der Behauptung Müllers entgegen, daß die Generalkommission mitverantwortlich sei für Bestrebungen, die auf Befreiung des Streikrechts hinausgehen. Schon am 21. Juni habe das „Korrespondenzblatt“ die Behauptung der „Freiheit“ als unwahr bezeichnet. Es wurde erklärt, daß die Gewerkschaften gegen leistungsfähige Preisgabe des Streikrechts als eine der wichtigsten Arbeiterrechte Einspruch erhoben und diesen Bestrebungen schärfsten Widerspruch entgegenzusetzen würden. (Hört, hört! und Beifall.) Wenn Müller trotzdem diese Behauptung wieder hier aufstelle, so lehne dem Redner der parlamentarische Ausdruck für diese Kampfweise. (Zustimmung.) Lange verfuhr auf Anwesen ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission einzuschleusen, obwohl der Kongreß gelassen entgegengekehrt entschieden habe. Der Entwurf, der hier herabgelassen werde, sei noch kein Entwurf der Reichsregierung, sondern er bedeute einen Verzicht, den das Reichsarbeitsamt habe ausarbeiten lassen als Grundlage der Verhandlungen mit den Interessenten.

Das russische Beispiel

ragt nicht zur Nachahmung an. Die russischen Betriebsräte hatten die volle Kontrolle über Produktion, Kauf und Verkauf. Die Russen haben zwar die Intellektuellen nicht fortgesetzt, aber diese haben erklärt, nicht mehr zu arbeiten, wenn sie nicht zu sagen haben. Der Rat der Gewerkschaften hat dort, gekürzt auf die bolschewistische Regierung, Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsdisziplin, u. a. das Taylor-System, das wir rundweg ablehnen, wieder herzustellen.

Giebel-Verlin (Bureauangestellter): Es wäre besser gewesen, die Redner der Opposition hätten die Richtlinien, die zu diesem Punkt vorliegen, erst mal durchgesehen, dann hätten sie wahrscheinlich zu diesem wichtigen Thema andere Reden gehalten. Richard Müller wünsche ich, daß er das langsame Tempo der Revolution ebenso überdauere, wie das Faktum der Nationalversammlung. (Heiterkeit.) Wir kommen in dieser Zeit nicht ohne die Mitarbeit der Unternehmer mit ihren Erfahrungen für den Wiederaufbau aus. Der Tag wird kommen, an dem wir Arbeiter erkennen werden, daß es ein Glück für sie war, nicht der Politik der hohlen Phrasen gefolgt zu sein, und daß sie nur geübt auf starke Gewerkschaften den Aufstieg zu einer freien Wirtschaft nehmen können. (Stürmischer Beifall bei der Redezeit, Lärm bei der Opposition.)

Ein Schlußantrag findet Annahme

Richard Müller verteidigt im Schlußwort das Räteystem gegen die erhobenen Einwendungen. Ich behaupte noch wie vor, daß ein solches Gesetz über den Arbeitsfrieden von Herrn Wissell vorliegt und das noch auf Jansson. Das Dementi des „Korrespondenzblattes“ bezieht das Justizministerium, das die „Freiheit“ veröffentlicht hat. Will Jansson die Tatsache bestreiten, daß Wissell Richtlinien für das Gesetz dem Reichsministerium unterbreitet hat? (Jansson: Die Generalkommission hat keine Verantwortung dafür.) Es mag ja sein, daß verschiedene Mitglieder der Generalkommission mit diesem Wissellschen Gesetz nicht einverstanden sind. (Regen: Al! Al!) Die Scharsmacher sind heute wieder oben auf und wodurch? (Zuruf: Durch Euch!) Nein, weil die Mehrheitssozialisten und Gewerkschaftsführer versagt haben. (Beifall und stürmischer Widerspruch.) Rüge der Kongreß den Rat ausbringen, der Generalkommission zu sagen, was ihr macht ist falsch, fort mit den Arbeitsgemeinschaften. (Stürmischer Beifall bei der Opposition und auf der Tribüne.) Der Vorsitzende rügt die Beifallsstundegebungen der Galeriebesucher.

So hen - Berlin setzt sich in seinem Schlußwort mit Müller und Lange über die Frage auseinander, welche intellektuellen Berufsgruppen heute sofort Betriebsräte stellen können. Er stellt dabei fest, daß in dieser Frage Uneinigkeit innerhalb der Opposition besteht. Lange hält die Handlungsgesellen für fähig, aus dem Handgeleat heraus einen Betrieb zu leiten, während Müller die Grenzen enger zieht. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, durch unerüßliche Aufklärungsarbeit ihre Mitglieder dazu fähig zu machen. Vorläufig aber können wir auf die Mitarbeit und Erfahrung der Unternehmer nicht verzichten. Wir denken nicht daran, mit der Arbeitsgemeinschaft einen Weg zu gehen, der es den Kapitalisten ermöglicht, sich auf Kosten der Allgemeinheit die Löhnen zu füllen. (Sehr richtig.) Die Bestätigung, daß im Laufe der Zeit auch die gelben Gewerkschaften in die Arbeitsgemeinschaften hinein kommen könnten, ist hinwiegend. Sie werden nicht über den Stod springen, der ihnen in den Bedingungen, die sie zu erfüllen haben, bevor sie eintreten können, entgegengehalten wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn Loh und Lange die Kollektivverträge ablehnen, weil die Metallarbeiter mit ihrem Vertrag in Berlin keine guten Erfahrungen gemacht haben, so ist das ungefähr so, als wenn ein Roman ein Instrument in der Hand hat, aber nicht darauf spielen kann und dann die Schuld dem an und für sich guten Instrument zuschiebt. (Heiterkeit, Beifall.)

Nachdem der Redner noch die verschiedenen Einwendungen gegen die Arbeitsgemeinschaft zurückgewiesen hatte, wurden die Verhandlungen auf Freitag früh 9 Uhr vertagt. Es erhält dann Leipzig das Schlußwort.

Schluß 6 Uhr 20 Minuten.

Berichtigung. In dem Bericht vom zweiten Verhandlungstage in der Morgennummer vom Mittwoch ist zu lesen: Ulrich — Unabhängiger (nicht Kommunist), ferner in der Rede von Thomas-Franckfurt a. M. statt Verhandlungskonferenz „Vorhandlungskonferenz“ und statt Bauern „Bauern“, so daß der Satz richtig lautet: „In einer Vorhandlungskonferenz hat Genosse Simon selbst zugesagt, daß er für das verheißene Hilfsdienstgesetz stimmen könnte, wenn es auf Bayern Anwendung finden würde.“

Preussische Landesversammlung.

89. Sitzung, Donnerstag, den 3. Juli, mittags 1 Uhr.

Am Regierungssitz: Am Behnhoff.

Vorsitzend Leinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Zunächst werden die Bestimmungen zum Justizetat vorgelesen. Die Entschlüsse des Haushaltsausschusses über die Zulassung von Arbeitern und Frauen zu Schöffengericht und Geschworenengericht werden angenommen. Ferner wird beschlossen, daß die Rechtsanwälte allgemein nach Zurücklegung einer Dienstzeit von 15 Jahren unter der Voraussetzung zu Notaren ernannt werden sollen, daß seitens der Anwaltskammer keine Bedenken wegen der bisherigen Dienstführung geltend gemacht werden und daß der Anwalt an dem Amtssitz bisher mindestens 10 Jahre amwesend war. Anträge auf Verbesserung des Dolmetscherwesens bei den Gerichten der östlichen Provinzen und auf Verbesserung der Lage der Gerichtsassessoren werden angenommen. Ebenso Anträge über die Verbesserung der Befängnisbüchereien und Anträge auf bessere Behandlung der Gefangenen durch Erhöhung der Lohnsätze usw. Einem Ausschuhentwurf entsprechend soll in Strafanstalten der Zwang zur Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen fortfallen. Nach einem Antrage der Rechten, der im Zusammenhang mit 134 gegen 121 Stimmen angenommen wird, soll der Gomedien jedoch für die jugendlichen Gefangenen beibehalten werden. Es folgt der Haushalt der

Handels- und Gewerbeverwaltung.

Dazu liegen zahlreiche Anträge vor. Ein Antrag Friedberg (Dem.) fordert Schutz für die Verbändungsfreiheit der Beamten und Arbeiter der Staatsbetriebe. Anträge der Sozialdemokraten verlangen ein neues Arbeitsrecht für Hausangestellte. Demotionale Anträge befürworten den Abbau der Zwangsverwaltung. Demokratische Anträge

treten für den Wiederaufbau des Mittelstandes ein. Ein Antrag Graf (Soz.) will die private Stellenvermittlung untersagen. Ein Antrag Rheinischer Zentrumsdirektor fordert die Verlegung der bejehien Gebiete mit Ersatzmitteln. Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik richtet sich gegen den Strahlenhandel mit Süddeutschen. Ein Antrag Hammer (Nat. Vp.) regt die jährliche Herausgabe einer Gewerkschaftsstatistik an.

Hg. Brandenburg (Soz.) bespricht die Lage der Hausangestellten, für die nun endlich auch ein Arbeitsrecht und Tarifverträge geschaffen werden müßten.

Hg. Frau Krenker (N. Soz.) fordert restlose Aufhebung der Gefindeordnungen und reichsgesetzliche Regelung der Frage.

Hg. Schrader (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, jede gewerkschaftliche und private Stellenvermittlung gegen Einigkeit zu untersagen. Diese Vermittlung erweise sich geradezu als

Hindernis für die Unterbringung der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer in Arbeitsstellen, die nur zentral und unentgeltlich von Reichs wegen bewirkt werden könne. Alle offenen Stellen müßten dem zentralen öffentlichen Arbeitsnachweis gemeldet werden.

Hg. Gerste-Barmen (Soz.) wendet sich gegen die Konsumvereine schädigende Warenhaussteuer und verlangt die sofortige Beseitigung des Warenhaussteuergesetzes von 1900, das auch als Konzession an den Mittelstand wirkungslos geblieben sei.

Unterstaatssekretär Reubaus verweist darauf, daß die Warenhaussteuer zum Restor des Finanzministeriums gehört und gibt anheim, beim Finanzamt auf den Antrag zurückzukommen.

Für den Antrag des Zentrums, die Regierung zu ersuchen, der Landwirtschaft im besetzten Gebiet ausreichenden Ersatz besonders an Kraftfahrzeugen zu beschaffen, ist ebenfalls das Handelsministerium nicht zuständig, sondern das Reichs Ernährungsministerium.

Hg. Dr. Sager (Zentr.) fordert schnelle Maßnahmen zur Hebung des Kurzes der Kriegsanleihen. Das ganze Volk warte gespannt auf die Antwort der Regierung. (Im Saal sind von 421 Abgeordneten kaum 30 amwesend.) Weitergehende steuerliche Begünstigungen für Kriegsanleihen sollten Platz greifen. Deshalb geschieht nichts gegen die Leerverkäufe?

Unterstaatssekretär Reubaus: Ueber Maßnahmen der Regierung gegen ein weiteres Sinken der Anleihen schwächen Verhandlungen, die kurz vor dem Abschluß stehen. Die Bevölkerung sei vor Ankaufstheorien gewarnt und zur Besonnenheit gemahnt.

Hg. Leibig (D. Vp.) fordert Staatshilfe für den Mittelstand. Der gewerbliche Mittelstand will Klarheit darüber Tag kommen, wo diese Versprechen nicht eingelöst werden können.

Hg. Waldb (Soz.):

Wir stehen wirtschaftlich vor einem Trümmerfeld und hoffnungslos und energiearm sind die Menschen. Nur gewissenlose Menschen können den Rasen den Himmel auf Erden versprechen. Für den Augenblick mag das wirken. Aber es wird der Tag kommen, wo diese Versprechen nicht werden eingelöst können. Wir verurteilen scharf die belagerten Vorkämpfer dieser Tage, durch die zur Förderung parteipolitischer Ziele das Volk der Hungersgefahr ausgesetzt wird. Auch die Rechte ist unbefähigt. Sie möchte am liebsten das

freie Spiel der Kräfte

so lassen, wie es früher war. Davon kann aber gar keine Rede sein. Der Industrieminister ist ein für allemal vorbei. Der Handelsminister ist nicht mehr der Handelsminister der Industriekapitalisten. Wir erkennen nicht die Bedeutung des Unternehmers im Produktionsprozeß. Aber die

Arbeiter sind doch das wichtigste Glied in der Volkswirtschaft.

Wir sind schärfste Gegner des freien Spiels der Kräfte der alten Landwirtschaft und stehen hier in hartem Kampf gegen rechts. Gerade die Artillerie und die Luftwaffe haben den sozialen Fortschritt gehemmt und den Herrn-im-Hause-Standpunkt zum Prinzip erhoben; mit Recht hat Roumann gerade diesen kraftvollen Unternehmerorganisationen jüngerer Charakter zugesprochen.

Der Unternehmer steht jenseits aller Moral

(Lebhafter Widerspruch rechts); er beugt sich nur der Macht. Wenn im Westen Thypsen und Stinnes jetzt endlich mit den Arbeitern zu verhandeln sich bequemen, so müßte ihnen von den Arbeitern das verhängnisvolle „zu spät“ zugerufen werden. Die Gemeinwirtschaft braucht Kräfte, die das moderne Leben verstehen; die Herren vom Kaliber der Assessoren und Bureaukraten, die bisher an der Spitze waren, scheitern bei ihnen. (Lärm rechts.)

Hg. Dr. Sager (Zentr.): Auch das Zentrum ist bereit, zu gewissen Sozialisierungen die Hand zu bieten, auch das Zentrum will den Kapitalismus und Kammerismus zurückdrängen. Aber die Initiative des Unternehmers können wir nicht entbehren; Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich zur Förderung des Gemeinwohls verständigen. In unser Wirtschaftsleben muß endlich eine gewisse Stetigkeit kommen. — Für den Mittelstand hat sich die Zentrumspartei stets mit besonderem Eifer verwendet. — Der Schicksalsband hat dem Ansehen des ehrlichen Handels großen Abbruch getan. Der reelle Handel darf aber nicht zu sehr eingeschränkt werden, wie es leider zum Schaden des Ganzen geschehen ist. Die Fabriken, welche hochwertige Exportartikel herstellen, sollten bei der Fabrik- und Arbeitsbesetzung bevorzugt werden.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Kleiner, Vorträge, darunter Gesetzentwurf betr. die vorläufige Regelung verschiedener grundsätzlicher Punkte des Gemeindeverfassungsrechts; Fortsetzung der Etatberatung.) — Schluß gegen 6 Uhr.

Groß-Berlin

Der Vollzugsrat verhandelt.

Der Vollzugsrat hielt am 3. Juli eine Sitzung ab, in der vom Vorsitzenden mitgeteilt wurde, daß die Vollzugsratskommission, die mit dem Reichswehrminister wegen der Verhaftungen und der Herstellung der Pressefreiheit verhandeln sollte, am Freitag Vormittag eine Besprechung mit dem Reichswehrminister haben wird.

Der Verkehrsstreik, der in der vorigen Sitzung des Vollzugsrates bereits Gegenstand der Verhandlung war, wurde erneut besprochen. Die vom Vollzugsrat mit dem Reichsarbeitsamt geführten Verhandlungen haben dazu geführt, daß beide in Frage kommenden Kontrahenten auf Anregung des Vollzugsrates zu einer Verhandlung bereit sind, auch das Reichsarbeitsamt eine Vertretung zu dieser Verhandlung entsenden wird. Der Vollzugsrat hat beschlossen, die Organisationen der Verkehrsunternehmen unter Hinzuziehung des Oberbürgermeisters Bernum sowie einer Vertretung der Personale der in Betracht kommenden Unternehmen auf Freitag nachmittags 2 Uhr einzuladen, um, wenn irgend möglich, eine Einigung herbeizuführen. Des weiteren Sonnabend 10 Uhr eine Vollversammlung einzuberufen.

Die Bureauangestellten der Großen Berliner haben heute nachmittags im Gewerkschaftshaus nach einem Vortrage des Syndikus der Gesellschaft, Dr. Moser, der ihnen den Kontraktbruch nachwies, beschlossen, den Streik abzubrechen und morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Ueber die Beschlüsse der Straßen- und Hochbahner, die heute nachmittags im Gewerkschaftshaus bezw. auf der Untergrundbahn Spittelmarkt Versammlungen abgehalten haben, ist nichts bekannt geworden. Große Erbitterung gegen die Straßenbahner herrscht besonders unter den Laubenzönlern, deren

Grundstücke meist außerhalb der Stadt liegen. Die Produkte des mühsam bearbeiteten Feldes verderben, und mancherlei Kleinvieh geht wegen mangelnder Pflege zu grunde.

Sonnabend, 5. Juli, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße.

Vollversammlung

der Arbeiter-Räte, Kommunal-Räte sowie der Delegierten der Soldaten-Räte. I. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Vollversammlung. II. Stellungnahme zu der Streikbewegung der letzten Tage. III. Stellungnahme zu dem Vorkott der Freiwilligen-Verbände.

Der Vollzugsrat:

Friz Vrolat. — Heinrich Raigahn.

Berlin auf den Beinen.

Berlin „wölgt“. O seltsames Mittelalter mit deiner Wanderromanik — unser zwanzigstes Jahrhundert stellt dich in den Schatten. Auch die modische Postkarte muß erlassen vor dem, was heute durch die Straßen rollt. Der Möbelwagen neben dem Krenser, der Viole zwischen Last- und Koffelwagen, Autos im Gevort von Hunde- und Eselkaren — das alles in ungeheurer Harmonie. Berlin, Berlin, wie hast du dich verändert. Wenn der Hochweise Ben Aliba noch lebte und sehen könnte, was in Berlin jetzt alltäglich zu sehen ist, er würde sicher nicht mehr murmeln: Alles schon dogewesen.

Der Fußsteig ist schwarz vor Menschen. Jung und alt, Mannlein und Weiblein trüppelt einträchtig nebeneinander her. Jeder nimmt sein Schicksal gelassen hin. Gewohnheit kumpft ab. Das Streifen ist etwas so Alltägliches geworden, daß es kaum noch auffällt. Auffallen würde es höchstens, wenn mal nicht gestreift würde.

Im Grunde genommen geht einem freilich die ungewollte alltägliche „Lippelei“ gegen den Strich. Denn der Berliner ist immer noch verwöhnt von früher her, als er noch für zwei Sechser mit dem „King“ durch ganz Berlin fahren konnte. Ja, ja, o schöne Zeit, o selbe Zeit —

Ein gewiesener Junge ruft: „Looften Se doch nich so schnell! Hier können Se erst mal ordentlich verpuffen bei 'ner Zigarette. Stüd for 30 Pfennige, acht holländische Marke.“ Und siehe da, so mancher Jüngling kann der Versuchung nicht widerstehen und paßt mit zweifelhafter Miene den holländischen Hodgenuß in die Luft.

Geiern sah ich einen gang praktischen Berliner, einen Pffiffikus, der herausgefunden hat, zu welsch vielseitigen Zwecken die Straße benutzt werden kann. Er suchte sich eine passende Ecke aus und machte sich bequem, indem er sein Bündel von der Schulter nahm und sich darauf nieder ließ. Dann packte er seinen Frühstückseidel aus, nahm sein Taschmesser zur Hand und setzte sich sinnlos in Bewegung. Das Publikum lachte und amüsierte sich. Aber warum denn? Das lange „Lippeln“ macht müde und hungrig.

Berlin „wölgt“. Es ist ein ungeheurer Menschenstrudel, der uns mitreißt, unaufhaltsam, bis wir dort landen, wo wir unsere Ruhe haben, in den heimlichen Benaten, dem „ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht“. Das Recht auf die Straße, heute können wir es in vollem Maße auskosten. Aber es ist doch eine eigene Sache damit, wir würden es gern wieder los sein. Ueber heute, wie morgen —

S. W.

Streikfolgen. Infolge des Verkehrsstreiks können zahllose Kunst- und Musikstücke nicht zu ihren Lehrern gelangen. Diese sind ohnedies in schwieriger Lage und nun, wo die Ferien vor der Tür stehen, droht ihnen der Verlust der Honorare oder wenigstens der Notwendigkeit, die verlorenen Stunden später nachzuholen. So werden Künstler geschädigt, die oft auch ein Arbeiterpublikum erfreut haben.

Die streikenden Verkehrsbeamten hielten Donnerstag nachmittags zwei Versammlungen ab, deren Teilnehmerzahl von der Streikleitung auf mehr als 8000 geschätzt wird. In beiden Versammlungen erstatteten Mitglieder der Streikleitung Bericht über die Lage. Es wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der die aufgelisteten wirtschaftlichen Forderungen als durchaus gerechtfertigt bezeichnet werden und der Wille ausgesprochen wird, bis zur Erfüllung der Forderungen im Auslande zu verharren. Gleichzeitig wurde auch die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen bekräftigt.

Der Verkehr auf den Vorortstrecken konnte gestern bis auf wenige Unregelmäßigkeiten bedient werden. Auf dem Vollzug verkehrten nur Personalausgänge. Genoss rufte auch auf der Staatsbahn und auf der Strecke Spandau-Charlottenburg der Verkehr. Der Fern- und Güterverkehr war regelmäßig. Die Beschränkungen in der Annahme von Stückgütern auf Lebensmittel und Brennstoffe wird jedoch erst in einigen Tagen wieder aufgehoben. — In verschiedenen Stadtbezirken, z. B. am Straßenbahnhof in Tempelhof kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Publikum und Straßenbahnern, die gelegentlich in Tätlichkeiten ausarteten.

Eisenbahner-Verbandsrat! Versammlung des Arbeitsausschusses, der Bezirksvertrauensleute und Vertrauensleute Montag, 7. Juli, 5 Uhr, in den Warschauer Bierhallen, Warschauer Straße 43. Die Bezirksvertrauensleute und Vertrauensleute wollen unbedingt erscheinen oder Vertreter entsenden. Einlaß nur gegen Ausweis!

Magistratshilfskräfte gegen Streik. Folgende Erklärungen gehen uns zu: Die Hilfskräfte der Stadthauptkasse, des General-Bureau, des Demobilisierungsausschusses und des Finanz-Bureau protestieren entschieden dagegen, daß sie mit den Zeitungsmachern des Zentralschiffes, die ohne ihr Wissen veröffentlichen sind, in Verbindung gebracht werden. In dieser schweren Zeit werden sie nicht leichtfertig, so wichtiger Ursache wegen, die Bürgerschaft durch Dienstverweigerung in Verlegenheit bringen und verbitten es sich, zu politischen Machenschaften verdammt zu werden. — Die Bureauhilfskräfte des Wohnungsausschusses halten es für ihre Pflicht, eine Erklärung dahin abzugeben, daß sie der Beteiligung an einem Streik vollständig fernstehen. Vielmehr sprechen sie ihr schärfstes Mißfallen über das Verhalten des Delegierten Heinricht aus, der, ohne die Meinung der Bureauangestellten zu hören, die Erklärung über ihre Köpfe hinweg abgegeben hat.

Vertrauensleute der Angestelltenverbände der Magistrats-Hilfskräfte Berlin. Sonnabend, 3 Uhr nachm., im Margarethen-Zentrum, Nollendorfstraße: Versammlung. I. Stellungnahme zur Durchführung der Wahl zum Zentralen Ausschuss und die Organisation. 2. Eingegangene Anträge. Der Zentrale Ausschuss.

Arbeiterräte, kommunale Räte und Delegierte der S.-Räte (S. P. D.).

Freitag, 4. Juli, 4 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses: Fraktionsführung: Stellungnahme zum Beschluß der Räte-Vollversammlung vom 1. Juli, „Vertagung des 4. Punktes der Tagesordnung“ (Vorkott der Freiwilligenverbände). Da Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit, wird um zahlreiche und pünktliches Erscheinen gebeten. Der Fraktionsvorstand: P. Haast.

An die Gemeindevertreter von Groß-Berlin.

Um zu dem Gesetzentwurf der Regierung betreffend Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin Stellung zu nehmen, findet

Lessing-Theater
Sommerplatz: H. Sternberg
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: Charleys Tante.
Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Hutschbahn.

Volksbühne Theater
Sommerplatz a. Blünowpl.
7 1/2 Uhr: Der heilige Florian.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr:
Auch ich war ein Jüngling...
(Schwank).
Kammerspiele.
Abendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in:
Das Weib u. der Hampelmann.
Theater des Westens
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Ma Werber und Hans Wassermann in Die Gelsha.

Theater I. d. Königgrätzerstraße
1/8 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
Lucie Nöllich u. Ludw. Barrau
8: Lancelotti von der Pfalz.
Berliner Theater
8 Uhr: Die tolle Komtesse.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Frau des Debutanten.

Admirals-Palast.
Täglich 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette
im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue
Admirals-Kino.
Das Buch Esther.
Der Weiberfeind.

Prinzeß-Theater
Kantstraße 163 a. Zoo
Das Geheimnis von Mayerling
(Die Tragödie des Kronprinzen Rudolf)
500 645 830

Die Verführten
nach dem Roman von
Hans Hyan
Regie: Carl Froelich
Hauptdarsteller:
Gertrud Welcker
Carl Auen
Eise Berna
Pietro Scholz
Max Adalbert
Nollendorfsplatz

Die Spinne und ihre Opfer
Lustspiel mit
Magda Sonja
Alexanderplatz
Weinbergsweg
Die Gelsha und der Samural
Die Tragödie einer
Morphinistin
Hauptrollen:
Gertrud Welcker
Ernst Deutsch
Moritzplatz

Die Hindernis-Ehe
Lustspiel in 4 Akten
mit Harry Waiden
Hasenbilde
Die Czardasfürstin
nach der bekannten
Operette in der
Wiener Original-
besetzung
Schöneberg
Am Tor des Todes
Tragödie mit
Harry Walden
Wochentags 8, 8 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

Vergnügungspalast
Schloßbrauerei
Schöneberg
Hauptstr. 122/123.
Drei große
Eiswettbewerbe:
Döring (Wettrennen)
gegen Winter (Wim).
Pettjeann (Berlin)
gegen
Radtko (Ebnathenburg)
Nabor (Düppelstein)
gegen
Bambula (Amerila).
Außerdem, falls noch Zeit:
Pietro Scholz (Brandbu)
gegen Gamotta (Schweiz)

Central-Park
am Bf. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
Rippodrom-Noblesse!
Werktags ab 4, Sonnt. 3 U.

Central-Theater
Kommandantenstraße 37.
7 1/2 Uhr:
Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr:
La Traviata.
Friedr.-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Hias.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis
Komische Oper
7 1/2 Uhr:
Schwarzwalddädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr:
So ein Mädel.
Metropol-Theater.
7 Uhr 20:
Die Faschingstee.
Neues Operettenhaus.
7 1/2 U.:
Die Dame vom Zirkus.
Palast-Theater
7 1/2 Uhr:
Talisman.
Operette in 3 Akten v. Zorlig
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater
7 1/2 U.:
Junger Sonnenschein
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Die Puppe.
Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr:
So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polsterabend.
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 3/4 7 1/2
Letzter Gast-
spiel-Monat
der Gesellschaft
Anton
Herrnfeld
mit der neuesten
Schlager-Burleske
Nur nicht schießen
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 7 1/2, Erwachs.
1 Kind frei!

Theater a. Kottbus, Tor
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Stille-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerreise I
Blühgen-Konzert!

MARMOR HAUS
Kurfürstendamm 236
Direktion
Siegbert Goldschmidt
Der Roman
einer Geheim-
agentin
in
6 Akten
IKARUS
im
Höhen-
flug der
Leiden-
schaften
mit
Esther Carena
Ernst Hofmann
Regie:
Karl Froelich.
Außerdem:
Geheimnisvolle
Gewalten
in
der
Hauptrolle
FERN ANDRA
Eine
psycho-
logische
Studie
in 4 Akten
4 6 15 30

LAURENZIEN PALAST
MAX LANDA
in
Die Apachen
Regie: E. A. Dupont
Hauptrollen:
Hanni Weiger
Reinhold Schünkel

B.T.C.
Potsdamer Str. 35
Turmstr. 12
„Anders als die Andern“
(S 175)
Regie: Richard Oswald.
Alexanderplatz-Passage.
Maria Carmi
in Das Wunder
der Madonna.
Friedenau, Rheinstr. 14
Castrostr.
Totenhand.

Kautabak
in Rollen und Stangen
aus reinem Tabak.
Zigarren
Zigaretten
Jeden Posten an
Wiederverkäufer
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften
(Abteilung en gros)
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor)
Alexanderstr. 9 (heim Pol.-Pr.)

Trianon-Theater.
Bf. Friedrichstr. Ztr. 4927/2391
Tägl. 8 U. Heute z. 298. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannistener.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Letzte Aufführung!
Ehe-Urlaub.
7 1/2 Uhr Gartenbühne!
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.
Luisen-Theater.
Bis Freitag, 7 1/2 Uhr:
Die liebste Dame.
Ab. Sbd.
Wenn Frauen lieben
Sonntag 3 Uhr
Ein glücklich. Familienvater
National-Theater
8 Uhr Sturm. Erfolg 8 Uhr
Familie Hannemann.
Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße,
Ausgang Strauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 172. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Berliner Prater
7/9 Rahmentheater 7/9.
Täglich:
12 Varieté-Attraktionen
in der Tanz-
Ball.
Diele täglich:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!
Reichshall-Theater
Gastspiel d. berühmten
Dresdener
Victoria-Säng.
Sollig neues
Programm.
1. 8. Wieder-
auftreten d. Stettiner Sängers.

MOZART-SAAL
Auf vielfachen Wunsch wiederholt
Henny Porten
im Lustspiel
Auf der Alm...
Männliche
Hauptrolle: Rudolf Blebrach
Wochentags, 6, 8 Uhr
Sonntags, 4, 6, 8 Uhr

3. Woche mit Riesenerfolg!
Das grösste deutsche Lustspiel
von Hanns Krähly
und Ernst Lubitsch
Die Prinzessin
REGIE:
ERNST
LUBITSCH
M. OSWALDA
HARRY LIEDTKE
VICTOR JANSON
JULIUS FALKENSTEIN
Wochentags 5, 6, 8, 10 Uhr
Sonntags 2, 4, 6, 8, 10 Uhr
Spezialrollen gelten nur
für die erste Vorstellung.
Vorverkauf 12 bis 1 Uhr an der Tapetenkasse

Wenn Freunde zu Rivalen werden!
Schauspiel in
5 Akten mit
Magda Madeleine
Karl Beckersachs
Wochentags 6, 8 Uhr.
Sonntags 4, 6, 8 Uhr.

„Anders als die Andern“
(S 175)
Regie: Richard Oswald.
Alexanderplatz-Passage.
Maria Carmi
in Das Wunder
der Madonna.
Friedenau, Rheinstr. 14
Castrostr.
Totenhand.

Einmauer-Schränke
81/4
bester Schutz gegen Einbruch.
Panzer-Aktiengesellschaft
BERLIN N 20
Endstraße 59
Spezialfabrik für moderne Sicherungen
Geldschänke — Stahlkammern — Tresor-Türen
— Archiv- und Bibliothek-Regale —

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfehlen gute preiswerte Möbel,
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerräume 6690 qm, gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands,
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.

Einmauer-Schränke
81/4
bester Schutz gegen Einbruch.
Panzer-Aktiengesellschaft
BERLIN N 20
Endstraße 59
Spezialfabrik für moderne Sicherungen
Geldschänke — Stahlkammern — Tresor-Türen
— Archiv- und Bibliothek-Regale —

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115.
(Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtsbeistand in
Ehe-, Allmerten- u. Vertrauenssach. Gesuche, Verträge, Er-
mittlungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Bauschule Rastede
(Olabg.)
Meister- und Polierkurse
Ausführlich. Programm frei
Siedlungsbauten
Rich. Friebe, Architekt. Wil-
merzdorf, Stigmaringer Str. 18.
Ziehung 19. Juli
Berliner Lotterie
1. d. Pesalozzi-Frühelhaus
Gesamt- und Hauptgew. M.
50000
10000
5000
usw.
Lose 3. — Porto u. Liste
50 Pf. mehr.
10 L. m. Porto u. Liste 30 M-
empfeh. u. vers. a. Nachnah
Emil Haase & Co.,
Berlin 21, Brodowstr. 9
und in unseren Filialen.

Anzüge nach Maß
aus Friedensstoffen
mit Garantie f. tadell. Sitz
Einheitspreis M. 490.
Nur solange Stoffvorrat
Neue Königsf. 65, 3 Tr.
9-12 und 2-5 Uhr

Friedensware!
Silberweiße
sehr halbare
Eßlöffel M. 15.—
Teelöffel M. 9 p. Dtzd.
F. Dorach Jr., Bremen,
Postfach 87. 81/3

Sofas
prima Stoff, Plüsch und
Gobelin auf Leinwand
gearbeitet
von M. 375.— an.
Ruhebetten
in gleicher Ausführung
von M. 175.— an.
Nur solange Vorrat!
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100.
Zahlungserleichterung
auf Wunsch.

Achtung!
Bestellen die sofort die Neuen Schriften:
Ist der kommunistische Aufbau zu verwirklichen?
Von E. Schilling Preis 20 Pf.
Lenins Umkehr. Von Dr. Peter Eis 80
Der Kommunismus ein Märchen.
Von H. Fejfer 20
Hat das Proletariat den Klassenkampf gewonnen?
Von Dr. W. Peiser Preis 60 Pf.
Die Zukunftsstaaten der Vergangenheit.
Von Dr. Sandoy Preis zirka 80
Sozialismus und Bolschewismus. Zur Revolution im Sozialismus. Von W. Lehme Preis 80 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des „Vorwärts“,
SW 68, Lindenstr. 3, und alle anderen Buchhandlungen,
oder aber direkt vom
Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus,
Berlin W 85, Lützowstr. 107. 308 D

„Aufbau und Werden“
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung
Siedlen Beiträge von Wilhelm Müllenburg, ehemaliger Leiter
der Universitäts-Schiffbau, in der Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte“ 16/17. Beginn abends 7 Uhr. Eintritt frei.
1. Freitag, den 4. Juli, über Grundlagen, Hilfs-
mittel und Aufgaben der Geschichtswissenschaft.
2. Freitag, den 18. Juli, über Geschichtsphilosophie.
3. Freitag, den 1. August, über Sozialistische Ge-
schichtsauffassung (Marx — Kautsky — Lenin).
Praktisch-historischer Teil:
4. Freitag, den 15. August, über Spartakus und
seine Zeit.
5. Freitag, den 29. August, über Das Zeitalter des
Berlins.
6. Freitag, den 12. September, über Hans Sachs.
7. Freitag, den 26. September, über Richard Cobden.
Wir bitten die Berliner Arbeiter, insbesondere die Ver-
trauensleute, um zahlreicheren Besuch. Diejenigen, welche den
ganzen Kursus mit allen 7 Vorträgen unentgeltlich zu be-
legen wünschen, werden um Mitteilung ihrer Adresse gebeten.
„Aufbau und Werden.“ Gesellschaft für
praktische Volksaufklärung, Berlin W. 62, Lützowstraße 19.

Ferien-Dampfer-Extrajahrten
von der Schillingbrücke
nach Wernsdorfer Schleuse.
Täglich auch Sonntags Abfahrt vorm. 9 Uhr.
Restaurant zum
Paul Schwedler,
Oder-Spree-Kanal

Vorzügliche Küche
Anton's Weinstuben
Am Untergrundbahnhof Stadtpark
Innsbrucker Straße 42.

Seltene Weine
Künstler-Konzert.

Film-Palast
Koppenstraße 29. Dir. J. Werner.
Der große Tag der Kinofreunde!
Wegen des Riesenerfolges noch
einmal
Moral und Sinnlichkeit.
Die Hauptdarstellerin
Erika Glässner
ist heute persönlich anwesend.

DER NEUE ROMAN
Neu!
Hermann Essig
DER TAIFUN
Geh. M. 5.—, geb. M. 7.50
Dazu der buchhändlerische Teuerungs-
zuschlag
Ein Berlin-W-Roman, der in
allen geistig interessierten Krei-
sen das größte Aufsehen erregen
wird. Im Mittelpunkt der Hand-
lung steht die wildbewegte Kul-
turschicht einer bekannten
Berliner Kunstgruppe.
Ein Zeitdokument von dauernder
kulturgeschichtlicher Bedeutung!

Tula
die neue Schuhschmiede
Qualitätswachsware
Vom Guten das Beste
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Hannover.
Fabrik chemisch-technischer Produkte, Abt. Schuhkrem
Verlangen Sie nur noch
Henkels Hochglanz-Krem
„Tula“
Vertrieb und Lager: Alfred Kampmann
Berlin C 2, Burgstr. 28
Fernsprecher: Norden 9021-39.
Eingeführte Vertreter gesucht.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115.
(Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtsbeistand in
Ehe-, Allmerten- u. Vertrauenssach. Gesuche, Verträge, Er-
mittlungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Die Rückverlegung der bayerischen Regierung.

Bamberg, 3. Juli. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, wird die Rückverlegung der Regierung und des Landtags nach München erfolgen, sobald die vorliegenden gesetzgeberischen Arbeiten zum Abschluss gebracht worden sind, also etwa Ende Juli. Nach Ablauf der Ferien nimmt der Landtag seine Tätigkeit im Herbst in München wieder auf.

Wunder Marm.

München, 3. Juli. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß die Gärung in München so wachse, daß mit einem neuen Aufstand zu rechnen sei, daß vorgestern ein Anschlag der Kommunisten auf die Schulkasernen noch vereitelt worden und die Einwohnerwehr ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei, erklärt die Korrespondenz Hoffmann amüßlich: Tatsächlich hat sich in München nicht das geringste ereignet, die Einwohnerwehr ist überhaupt noch nicht in Tätigkeit getreten.

Die Tätigkeit der Ausschüsse.

Aufhebung des Heiratsverbots der Beamtinnen und Lehrerinnen.

Der 10. Ausschuss (Bevölkerungspolitik) beschloß nach längerer Beratung der preussischen verfassunggebenden Landesversammlung folgenden Antrag zur Verfassungsentwurf vorzulegen:

Die verfassunggebende Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, mit unächtester Beschleunigung Sorge zu tragen, daß die in den Anstellungsurkunden und Befolgungsverordnungen der Beamtinnen und Lehrerinnen festgelegte Bestimmung, wonach Beamtinnen und Lehrerinnen bei ihrer Verheiratung aus dem Dienst auszuschließen haben, aufgehoben werde. Ergeben sich aus dieser Verheiratung schwerwiegende Bedenken gegen das Verbleiben im Dienste oder gegen die Anstellung oder Wiederanstellung einer verheirateten Beamtin oder Lehrerin, so entscheidet die anstehende Behörde nach tatsächlicher Anhörung der berufenen Vertretung und bei Lehrerinnen auch der Schuldeputation und des Schulvorstandes.

Das Kirchenaustrittsrecht.

Der Rechtsausschuss der Preussischen Landesversammlung beriet gestern Abend u. a. über die Verordnung über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche. Die Demokraten hatten zu dieser Verordnung umfangreiche materielle Änderungsanträge eingebracht. Die Änderungsanträge wurden nicht zur Abstimmung gebracht, und die Verordnung selbst mit 10 gegen 9 Stimmen gutgeheißen.

Die Heße gegen die Eisenbahner.

Eine Entgegnung auf Paul Hoffmann.

Gen. Schubert, Mitglied der preussischen Nationalversammlung, schreibt uns: In Nummer 310 der „Freiheit“ vom 3. Juli bringt der Abgeordnete Paul Hoffmann eine Darstellung über die Interessenvertretung der Eisenbahner im Haushaltsausschuss, die der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt.

Bei den Beratungen des Eisenbahnetats im Haushaltsausschuss habe ich als Berichterstatter von der Regierung die Aufnahme einer Anleihe gefordert, die zur Senkung der Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel verwendet werden müsse. Dabei habe ich darauf hingewiesen, daß die gerückelten preussischen Finanzen eine weitere Belastung nicht zuließen. Die geforderten Beträge hätten das Defizit des Eisenbahnetats auf mehr als 8 Milliarden Mark in diesem Jahre erhöht. Den Streit habe ich als ein Verzweigen bezeichnet, weil die von den Gewerkschaften eingeleiteten Verhandlungen noch nicht begonnen hätten, die kommunizistischen Drahtzieher aber wahrheitswidrig den Eisenbahnern erklärt hätten, die Forderungen der Verbände seien von der Regierung abgelehnt worden.

Wie Hoffmann die Forderungen der Eisenbahner vertreten hat, möge folgende sachgemäße Darstellung der Verhandlungen des Haushaltsausschusses zeigen: Ein aus der Debatte hervorgegangener Antrag, der die Regierung ersuchte, den Forderungen der Eisenbahner soweit wie irgend möglich entgegenzukommen, fand die Zustimmung aller Parteien bis auf die Stimme des Abgeordneten Hoffmann, der sich zunächst der Stimme enthalten hatte, aber bei der Feststellung über die einstimmige Annahme dann erklärte, „er stimme dagegen“. Weiter hat Hoffmann in keiner der Besprechungen, die mit der Regierung stattfanden, um über die Forderungen zu beraten, das Wort ergriffen. Die von ihm gegebene Darstellung über seine Wortmeldungen betrifft die Besprechungen mit den Organisationsvertretern. Aber bei den Besprechungen der Regierung mit den Vertretern der Parteien aus dem Haushaltsausschuss, wo einzig und allein die Möglichkeit der Bewilligung der Forderungen gegeben war, hat Hoffmann nicht ein Wort gesagt, ja, sich auch nicht zum Wort gemeldet. Daß ich für den Erlaß des Gesetzes eingetreten wäre, ist ebenso unwahr wie seine übrige Darstellung. Ich habe ausdrücklich ausgesprochen: „Sie können die Eisenbahner mit dem Erlaß zur Arbeit zu gehen auffordern, Sie können sie mit Strafe bedrohen, Sie können sie auch bestrafen, aber den Verkehr aufrecht erhalten können Sie damit nicht!“

Es ist also gerade das Gegenteil davon, was Hoffmann in seiner Darstellung behauptet.

Daß Hoffmann nicht für die Verbesserung der Lage der Eisenbahner eintrat, war uns überaus verständlich, weil mit der Bewilligung der Forderungen, die von Hoffmann und den übrigen Drahtziehern getriebene Verheißung unmöglich geworden wäre. Hatte man doch zu dem „großen Schläge“ ausgeholt, und da durfte durch die Bewilligung der Forderungen die Partei nicht verdoht werden. Die Eisenbahner werden in kurzer Zeit erkennen lernen, daß die wirklichen Vertreter ihrer Interessen sich in der E. P. D. befinden.

Zurückziehung von Truppen aus Berlin.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die von einem Berliner Mittagsblatt verbreitete und von der „Freiheit“ aufgenommene Nachricht, es würden in Berlin in erhöhtem Maße Truppen konzentriert, aus seien die Regierungsgebäude besonders stark mit Mannschaften besetzt worden, ist frei erfunden worden. Das Gegenteil ist richtig. Es ist, nachdem der Eisenbahnerstreik beigelegt wurde, ein Teil der in Berlin konzentrierten Truppen zurückgenommen worden.

Parteinachrichten.

Neues Parteiblatt für Jüterbog-Ludowalde.

Außer dem Volksblatt für Spandau und das Haveland ist am 1. Juli auch für den Kreis Jüterbog-Ludowalde ein sozialdemokratisches Parteiblatt unter dem Titel „Volksmacht“ erschienen. In einem Gruß an die Leser trägt die Redaktion unseres neuen Bruderorgans den Satz: „Geboren aus dem Volk, kämpfen wir nur für das Volk!“

Wir wünschen dem neuen Streiter für die sozialdemokratische Sache in seinem Verbreitungsgebiet reichen Erfolg.

Die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold.

Nationalversammlung zu Weimar

45. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Juli.

Am Regierungstische: David, Bissell.

Präsident Hehrbach eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Die Beratung der Anleiheentwässerung für das Jahr 1918 und der Anleiheentwässerung für die Schutzgebiete 1919 wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung 1916 und dann die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung 1917. Eine Aussprache findet nicht statt. Die Erledigung erfolgt durch Ueberweisung an den Ausschuss zur Berichterstattung.

Die zweite Beratung des Entwurfs einer

Verfassung des Deutschen Reichs

wird fortgesetzt. Art. XXX, 4, der bestimmt, daß die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts gelten, und Artikel 5, der bestimmt, daß die Staatsgewalt in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt werden soll, werden noch unerschöpflicher Debatte angenommen; ebenso Artikel 6, der dem Reich die ausschließliche Gesetzgebung über die Beziehungen zum Ausland, das Kolonialwesen, die Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Ein- und Auswanderung und Auslieferung, die Wehrverfassung, das Münzwesen, das Postwesen und das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens zuweist.

Zu Artikel 7 liegt ein Änderungsantrag Dr. Ablaß vor, der die Streichung dieses Artikels beantragt, der dem Reich die ausschließliche Gesetzgebung über Abgaben und sonstige ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommene Einnahmen zuweisen will.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (Dnat. Sp.) und Abg. Rast (Dem.) empfehlen den Antrag Ablaß.

Abg. Heim (Z.): Die Artikel 7 bis 10 sind als besondere Erziehungssachen für den Zentralstaat gekennzeichnet worden; durch sie hat man sich veranlaßt gefühlt, sogar von der

Strebensende der Einzelstaaten

zu sprechen. Sie ist von den Intellektuellen ausgegangen und wurzelt nicht im Volk. (Lebhafter Widerspruch.) Den extremen Föderalismus lehne ich ebenso entschieden ab wie den extremen Unitarismus. Am grenzenlosesten ist die Zentralisierung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Gesetzgebung. Nehl, wo die schwarze Kohle knapp wird, will uns der Norden die weiße Kohle unserer Wasserkraft nehmen. Wir fürchten nicht die Einheit, sondern die Einheit unter Berliner Herrschaft.

Reichskommissar Dr. Preuß:

Der Entwurf beruht auf monatelangen Verhandlungen, wobei auf die Wünsche der Einzelstaaten in weitestgehendem Maße Rücksicht genommen wurde, und führten zu einer vollkommenen Uebereinstimmung mit den Einzelstaaten. Die Verfassung ist nicht extrem föderalistisch, aber auch nicht extrem zentralistisch. Die Erziehung wird zeigen, daß nur, wenn wir uns als Einheit betrachten, wir aus dem Elend dieser Zeit herauskommen. (Sehr richtig!) Heute ist es möglich, das Reich von seiner Einschränkung auf finanziellen Gebiet zu befreien und ihm seine Bewegungsfreiheit zu geben. Die Verfassung wird sicher nach vielen Richtungen föderativ wirken. Von einer Vorherrschaft Berlin wird künftig weniger die Rede sein als früher. Die Verfassung gegen Berlin soll man doch nicht ausnutzen, um die Verfassung in Mißkredit zu bringen. Diejenigen, die in der Vereinigung der Einzelstaaten mit dem Reich unsere Zukunft sehen, müßten auf dem Boden dieser Verfassung stehen und sollten sie nicht ihren engeren Landesleuten verkaufen. Das dient weder den Einzelstaaten noch dem Reich, die heute weniger als je voneinander zu trennen sind.

Das Haus beschließt nach dem Antrag Ablaß.

Darauf findet die gestern ausgesprochene namentliche Abstimmung über die Reichsfarben — Artikel 8 — statt. Der Antrag der Unabhängigen: „Die Reichsfarbe ist rot, die Ausgestaltung der Handelsflagge wird durch Reichsgesetz bestimmt.“ wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Ueber den gleichlautenden Antrag der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei: „Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-rot.“ wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 100 gegen 110 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmen die beiden sozialdemokratischen Parteien, ein Teil des Zentrums und die Mitglieder der Demokraten. Das Ergebnis der Abstimmung wird mit Zischen von den Rechten aufgenommen. Der Kompromißantrag Quard (Soz.) - Groeber (Z.): „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer Bösch in schwarz-rot-gold in der oberen inneren Ecke.“ wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 80 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Das Ergebnis wird mit lebhaftem Beifall auf der Linken aufgenommen. Dem Zischen rechts folgt erneuter harter Beifall von links.

Die Artikel 8 bis 10 regeln die sogenannten konkurrierende und normative Gesetzgebung des Reichs. Artikel 8 zählt die Materien auf, für welche das Reich die nicht ausschließliche Gesetzgebung hat. Dazzu gehören u. a. das bürgerliche Recht, Strafrecht, Presse, Vereins- und Versammlungswesen usw., Arbeitsrecht, Bergesellschaftung (Sozialversicherung), Enteignungsrecht, Versicherungswesen, Deutscher Reichstag. Nach Artikel 9 hat das Reich, soweit ein Bedürfnis für einheitliche Vorschriften vorhanden ist, die Gesetzgebung über die Wohlfahrtspflege, den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und das Postwesen. Nach Artikel 10 kann das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundzüge aufstellen für die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften, das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens, das Beamtenrecht, das Bodenrecht, das Anstellungsrecht, die Bindung des Grundbesitzes, das Wohnungswesen und die Bevölkerungsverteilung. Ein Antrag Ablaß (Dem.) will das Bestattungsrecht aus dem Artikel 9 herausnehmen und unter Artikel 10 einreichen. Die Abg. Hermann (Dem.) und Quard (Soz.) beantragen, im Artikel 10 dem Hochschulwesen das wissenschaftliche Bibliothekswesen anzufügen.

Ein Antrag des Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.) will Artikel 9 als solchen streichen und die darin aufgeführten drei Gesetzgebungsmaterien dem Artikel 8 einschließen.

Abg. Bogel (Soz.):

Im Gegensatz zu Herrn Dr. Heim stehen auch wir baderischen Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß trotz der in diesen Artikeln festgelegten Erweiterung der Zuständigkeit des Reichs noch eine genügend weitgehende Berücksichtigung des einzelstaatlichen Eigenlebens übrig bleibt. Der Gedanke des Föderalismus ist ausgeblieben worden durch die Revolution. Die Entwidlung zum Unitarismus ist notwendig aus antipolitischen wie innerpolitischen Gründen. Insbesondere wird dadurch den separatistischen Bestrebungen vorgebeugt, die schließlich doch nur den Erfolg haben würden, daß die abgespaltelten Länder in kürzester Zeit ein Spielball der anderen Länder werden würden. Auf der anderen Seite haben wir eine Vereinfachung und Verbilligung der ganzen Verwaltung dringend notwendig.

Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.): Eine Änderung in der Sache ist durch unseren Antrag nicht beabsichtigt und würde durch seine Annahme auch nicht herbeigeführt werden.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Ich bitte, den Antrag des Grafen Dohna abzulehnen.

Abg. Heyerle (Z.) wies im Laufe der Erörterung darauf hin, daß in bayerischen Regierungskreisen noch wie vor die entschiedensten Befürworter herrschten, ob die Zuständigkeitsverteilung des Reichs nicht doch in vielen Punkten zu weit ginge.

Abg. Rosenstein (Soz.) erklärte, daß seine Partei nicht an eine so weitgehende Zentralisierung denke, wie sie z. B. in Frankreich bestände. Den besonderen Kulturaufgaben einzelner Länder wolle auch seine Partei Rechnung tragen. Die Bevölkerungspolitik aber dürfe der Zuständigkeit des Reichs nicht entzogen werden.

Zu Art. 12 wurde ein Antrag der Unabhängigen bezüglich des Gesetzgebungsrechts des Reichs abgelehnt, wonach vorgeschrieben werden sollte, daß über einen Einspruch nach näherer Vorschrift eines Reichsgesetzes ein Oberster Gerichtshof des Reichs entscheiden solle. — Die Art. 13—16 blieben unverändert.

Nach Art. 17 muß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung. Die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindevorstände.

Anträge der Rechtsparteien wollen die Bestimmung über die Gemeindevorstände streichen. Abg. Dr. Heine (D. Sp.) beantragt außerdem die Streichung des Erfordernisses der freistaatlichen Verfassung. — Ein Antrag der Unabhängigen verlangt, daß die Wahlen der Selbstverwaltungskörper und die Körperschaften des öffentlichen Rechts gelten sollen.

Abg. Dr. Rast (D. Sp.): Mit dem Aufkommen monarchischer Bestrebungen muß auch die Reichsverfassung rechnen. Ist etwa die Aüderrepublik Gotha eine freistaatliche Verfassung? Sie ist ein Zwangsstaat. Die Festsetzung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinden ist unerträglich und unverständlich.

Reichskommissar Dr. Preuß: In einem monarchischen Reiche können republikanische Staatsformen bestehen, aber in einer deutschen Republik ist ein monarchischer Einzelstaat vollkommen unmöglich.

Abg. Dr. Düringer (D. Nat.): Die Gleichmacherei ist kein demokratisches Prinzip, das Wesen der Demokratie besteht in der Durchführung des Volkswillens.

Preussischer Minister des Innern Heine bekämpfte den Antrag der Unabhängigen, da es nicht möglich sei, alle Selbstverwaltungskörper in der gleichen Weise zu behandeln. Der Begriff „öffentlich-rechtliche Körperschaften“ sei ganz unbestimmt. Auch die Kirchen seien solche Körperschaften, wir hätten aber keine Veranlassung, irgendwie regelnd in die Autonomie der Kirchen eingzugreifen.

Abg. Dr. Cass (Dem.): Ein Zustand, daß Preußen eine Monarchie und das Reich eine Republik wäre, ist ganz unmöglich. Die Aüderrepublik vertritt sich nicht mit den in der Verfassung festgelegten Grundzügen.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Das freie Wahlrecht behindert die Tätigkeit der Gemeinden keineswegs. Hinter den Anträgen der Rechten steht unausgesprochen die Absicht, wieder ein abgestuftes Wahlrecht einzuführen. Das lehnen wir ab.

Abg. Dr. Rast (D. Sp.): Warum sollen denn nicht die Gemeinden kraft ihrer Autonomie ihr Wahlrecht selbst bestimmen können. Die Aüderrepublik Gotha steht ganz gewiß im Widerspruch zu den sozialdemokratischen Grundzügen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) befragte den Antrag seiner Partei. Da der Staat den Kirchen besonders Schutz gewähren müsse, habe er sich auch um ihre Ordnung zu kümmern, und es sei kein Schaden, wenn die Kirchen genötigt würden, ein demokratisches Wahlrecht einzuführen.

Abg. Andre (Z.): Wir müssen klare Verhältnisse schaffen unter der Losung: Gleiches Recht für alle.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird Art. 17 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die Beratung des Artikels 18 (Gliederung des Reichs in Länder) wird auf Wunsch des Zentrums ausgesetzt, da zwischen mehreren Fraktionen noch Besprechungen über eine Änderung dieses Artikels stattfinden.

Art. 19 (Staatsgerichtshof) wird unverändert angenommen, worauf über Abschnitt 2 (Reichstag) beraten wird. Zu Art. 21 beantragt Abg. Arnstadt (D. Nat.): Die Festsetzung des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr aus der Verfassung herauszunehmen und es dem Reichswahlgesetz zu überlassen.

Abg. Dr. Heine (Dnat.) beantragt für den Fall einer Ablehnung dieses Antrages, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen.

Abg. Kuer (Soz.) beantragt, einen Zusatz: Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.

Abg. Frk. Wilm (Dnat.): Die Damen und Herren, die hier anwesend sind (beiderlei) möchte ich bitten, in Uebereinstimmung mit dem ursprünglichen Entwurf der Verfassung die verfassungsmäßige Ersetzung des Wahlalters auf 20 Jahre wieder zu streichen.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.): Man darf die jungen Leute von 20 bis 24 Jahren nicht vom politischen Leben fernhalten.

Abg. Bauermann (Dnat.): Mit demselben Recht könnte man ja auch die Wahlfähigkeit den politischen Säuglingen geben.

Frau Gaute (Soz.): Aus Dankbarkeit schon möchte man den jungen Kriegern das Wahlrecht geben. Wer für gut befunden wird, sein Blut für das Vaterland zu verströmen, darf auch sein Wort in die Wagschale werfen. Vielfach müssen schon die Schulkinder mitearbeiten, um die Kosten des Haushaltes zu bestreiten. (Auf rechts: Wollen Sie den Schulkindern das Wahlrecht geben?) Das wollen wir nicht, aber Sie meinen, daß die Leute mit 20 Jahren noch Säuglinge sind. Es gibt Menschen, die mit 50 Jahren noch nicht reif sind. (Sehr richtig! links.) Die Hörsenrollen waren schon mit 18 Jahren fähig, ein ganzes Volk zu regieren, dann dürfen wohl die Jungen mit 20 Jahren in der Politik mitleiden. Die Herausgabe des Wahlalters wäre eine Proklamation der gesamten Staatsbürger. (Lebhafter Beifall und Handklopfen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Jies (U. Soz.): Die Proletarierjugend hat eine so furchtbare Schule durchgemacht, daß sie mit 20 Jahren für das Wahlrecht reif ist.

Die namentliche Abstimmung über Art. 21 wird bis morgen Nachmittag ausgesetzt. Art. 22 bestimmt, daß der Reichstag auf drei Jahre gewählt wird und vor deren Ablauf die Neuwahl stattfinden muß. Der Reichstag tritt zum erstenmal spätestens am 22. Tage nach der Wahl zusammen.

Die Abg. Arnstadt (Dnat.) und Gen. beantragen die Wahl-dauer von fünf Jahren.

Abg. Oberlehren (Dnat.) begründet zum Art. 22 über die Legislaturperiode den Antrag Arnstadt auf eine fünfjährige Zeit der im Entwurf vorgeschlagenen dreijährigen Periode.

Abg. Grünwald (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem deutschnationalen Antrag.

Abg. Heine (D. Sp.) erklärt, daß auch die Deutsche Volkspartei dem Antrag Arnstadt beitrifft.

Abg. Rosenstein (Soz.): Der Reichstag darf die Verbindung mit dem Volke nicht verlieren. Dieser Gedanke ist im Hinblick auf den ersten Reichstag ja auch von den Rechten mit großer Lebhaftigkeit verfochten worden, lehnen wir den deutschnationalen Antrag ab, um der beabsichtigten Volksvertretung vorzugeben.

Abg. Wurm (U. Soz.): Wir sind für die dreijährige Periode, würden aber bereit sein, auch noch für eine längere einzutreten, aber bereit sein, auch noch für eine längere einzutreten.

Die Abstimmung, die auf Antrag des Abg. Quard eine namentliche sein wird, wird am morgen verschoben.

Freitag 2 Uhr: Fortsetzung.

Gewerkschaftsbewegung

Das Berliner Arbeiterssekretariat im Jahre 1918.

Dem Geschäftsbericht des Arbeiterssekretariats für das abgelaufene Berichtsjahr entnehmen wir folgendes: Das Sekretariat wurde im Jahre 1918 von 14753 Ratstuchenden in Anspruch genommen, denen in 15020 Fällen Auskunft erteilt wurde. Von den Ratstuchenden wandten sich 513 Personen schriftlich an das Sekretariat, denen in 533 Fällen Auskunft gegeben wurde. Die Zahl der Besucher des Sekretariats — Arbeitnehmer einschließlich sieben selbständiger Gewerbetreibender und Behörden — betrug insgesamt 14240, denen in 14466 Fällen Auskunft erteilt wurde. Von den Auskunftsuchenden gehörten 10158 dem männlichen, 4095 dem weiblichen Geschlecht an. Von den Auskunftsuchenden gehörten 18117, rund gerechnet 92,11 Proz. den gewerkschaftlichen Zentralverbänden an. Von den Auskunftsuchenden wohnten 18701 in Groß-Berlin, 1052 wohnen in anderen Orten.

Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug insgesamt 4795. Davon entfallen auf die Arbeiterversicherung 2565, auf den Arbeits- bzw. Dienstvertrag 65, auf das bürgerliche Recht 141, auf das Strafrecht 101, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 55, auf die Privatversicherung 21, auf Militär und sonstiges, einschließlich Familienunterstützung für die Kriegsteilnehmer 1847. Die Auskünfte auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung betragen 9394 = 62,48 Proz. aller Auskünfte. An erster Stelle steht die Unfallversicherung mit 8327 = 41,46 Proz. aller Auskünfte, dann folgt die Invalidenversicherung mit 1618 = 10,73 Proz. und die Krankenversicherung mit 850 = 5,66 Proz.

Die persönliche Vertretung wurde in 859 Fällen mit 411 Terminen wahrgenommen. Hieron entfallen auf das Reichsversicherungsamt 104, Oberversicherungsamt 206, Versicherungsamt 10 Fälle. Vor den Amtsgerichten bzw. Gewerbegerichten wurden 29, bzw. 5 Fälle vertreten. Das Ergebnis von 876 bekannt gewordenen Fällen des Rechtsstreits war in 279 Fällen für die Arbeiterinnen bzw. Arbeiter erfolgreich; in 87 Fällen erfolglos.

Von den mit Erfolg vertretenen Fällen, nach der Art des Rechtsstreits geordnet, kommen auf die Unfallversicherung 287; auf die Invalidenversicherung 5; auf die Krankenversicherung 12; auf die Knappschaftsversicherung 1; auf die Arbeits- und Dienstverträge 4; auf die Schaden- und Haftpflichtversicherung 20. Die letzteren wurden durch Vergleich erledigt.

Das sind im Grunde genommen trodene Ziffern, die der Bericht hier aufführt. Indessen welche Summe von Arbeit birgt sich hinter diesen Ziffern. Viel größer ist indes das Elend, die Not und Pein, die besonders die Ziffern auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung, hinter sich bergen. Das Arbeiterssekretariat ist eine Stütze in der Arbeiterbewegung im allgemeinen, in der Gewerkschaftsbewegung im besonderen, wo die Mitglieder sich vertrauensvoll hinwenden können, wo ihr Recht nach jeder Richtung hin gewahrt und wenn möglich erlöst wird. So soll es auch in Zukunft sein.

Die Forderungen der Krankenkassenangestellten.

In einer Versammlung der Angestellten der Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen im Gewerkschaftshaus berichtete **W a n z**, daß sich die Vertrauensleute noch einmal mit dem Beschluß der Ver-

sammlung vom 16. Juni beschäftigt haben. Die Versammlung habe damals beschlossen, 2000 M. Wirtschaftszulage zu fordern. Da die Branchenleitung diese Forderung nicht vertreten konnte, habe sie die Vertrauensleute zusammenberufen und diese haben dem Antrage der Branchenleitung, eine einmalige Wirtschaftszulage von 1200 M. sofort zahlbar, sowie eine monatliche Gehaltserhöhung von 200 M. zahlbar ab 1. Juli zu fordern, zugestimmt. Die Versammlung stimmte diesen Forderungen ohne Diskussion zu.

Tariffbewegung im Photographen-Gewerbe!

Eine im „Kolonier“ tagende Berliner Innungsgehilfenversammlung nahm zu der Ablehnung des Tarifs und dem angebotenen Provisorium der Zwangsinnung Stellung.

Der Gehilfenausschuß stellte es der Versammlung anheim, andere Gehilfenvertreter zu wählen, die eventuell mit der Innung nochmals verhandeln. Die Anwesenden protestierten einstimmig dagegen und beurteilten die Angriffe auf den Gehilfenausschuß, der nur die Beschlässe der Gehilfen ausgeführt habe. Wenn dabei im Interesse der Kollegen Einzelne etwas „zu scharf“ gewesen sind, so liegt die Schuld auf Seite der Arbeitgeber, die den Gehilfenausschuß schon „vor“ den Tarifverhandlungen auf schärfste bekämpft haben, weil er die Interessen der Gehilfen wahrnahm.

Die Gehilfenschaft lehnte das Angebot der Innung gegen drei Stimmen ab und beauftragte den Verband der Photographen, Steinbruder und verwandten Berufe, den Tarif mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen.

Verantwortlich für Politik **Arthur Jidler**, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes **Walter Scholz**, Neukölln; für Anzeigen **Theodor Maack**, Berlin. Verlag **Bornhörs-Verlag G. m. b. H.**, Berlin. Druck **Bornhörs-Verlag** und **Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.** in Berlin. Lindenstraße 3. **Preis 1 Beilage.**



Weinbrand Cognac Marke

„Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau ^{4/11}
Cognacbrennereien

VL 19

TERAS
Haarcreme
Max Schwarzlose
BERLIN
„Wenig hilft viel“

Preussische Klassenlotterie
Ziehung der 1. Klasse am 15. und 16. Juli 1919
noch abzugeben
1/4 1/4 1/2 1/2 Lose
5.25 10.50 21.— 42.— Mark und Porto
Dischlatz, Preuß. Lotterie-Einnehmer
Berlin C 2, Königstraße 39, Ecke Klosterstraße.

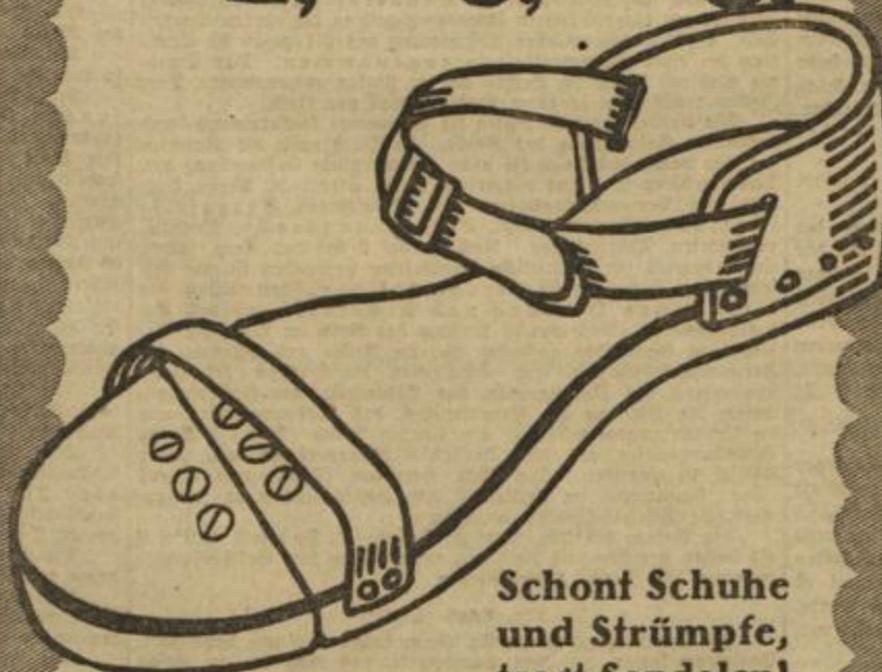


Wer sich nicht will
beim Putzen quälen,
dem ist
Urbim
warm zu empfehlen

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.
Schuhputz „Urbim“ überall zu beziehen!

Billige Sandalen

Größe: 25/30 **1,95** Größe: 31/35 **2,50** Größe: 36/46 **2,95**



Schont Schuhe
und Strümpfe,
trägt Sandalen!

Leiser

Kraftfahrer!

Für den Grenz- und Helmatschutz werden dringend im
Fahrdienst erfahrene

Mannschaften

mit Führerschein II oder III, sowie Fahrer und Begleiter
benötigt. — Bedingungen: Mobile Wohnung, Zulage per
Tag 5 Mark, freie Verpflegung, Ausrüstung und Unterbringung
Verpflichtung erstmalig auf 1 Monat, hernach 14 Tage, Abbin-
dung, Militärpapiere (Einlassungsschein) sind beizubringen, be-
zugsgeldungen, Beziehungen schriftlich oder persönlich an den

Referenten für Kraftfahrwesen,
Gouvernement Groß-Berlin, Berlin W.,
Potsdamer Straße 22a.

Pionier-Kompagnie 354

stellt noch gediente Pioniere und Retruken ein. Ferner
werden noch zwei Leutnants, ein Arzt, ein Sanitäts-
Unteroffizier eingestellt.

Alte Angehörige der 231. J. D. melden sich.

Kommt zu euren bekannten Führern und Kameraden.
Annahme unter Reichswehrbedingungen für
Grenzschutz O. L. Gesuche sind an die Komp. nach Ostsee-
burg (Ostpr.) zu richten.

Kranke, Coler,
Leutnant u. Komp.-Führer, Leut. d. R.

Urininoblit

Zur Ausscheidung aller schar-
fen und kranken Stoffe aus
Blut und Säften, gegen Blut-
andrang, rotes Gesicht, Haut-
unreinigkeiten ist mein Blut-
reinigungspulver Sallarin
seit über 25 Jahren wirksam
erprobt. Sch. 2.50. Uebl. 3
Schacht. 7.25. Otto Reichel,
Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Schreib- maschinen

fast aller Systeme
groß. Posten sofort
versandt.
Schaefer & Claus
Berlin W 8
Leipziger Str. 19

Neues aus Altem!



Ein billiges Korsett

fertige ich nach Maß
aus allen Stoffen
oder gebrauchten
Wäschestücken, die
Sie mir bringen. Für
guten Sitz und saubere
Verarbeitung
wird garantiert.

Hedwig Koß, Kochstr. 20 (Laden)

Spezialität: Reform- und Backfisch-
korsetts, Leib- und Büstenhalter.
Reparaturen schnell und billig.